

DIE POLITISCHEN UND DIPLOMATISCHEN UMSTÄNDE DER VERSUCHE ZUR ABSETZUNG DES ERZBISCHOFS VON VRHBOSNA, JOSIP STADLER AUS SARAJEVO (1900 -1913)

Zoran GRIJAK*

Einführung

Der geschichtliche Kontext, in welchem sich die Versuche zur Absetzung des Bischofs von Vrhbosna (Sarajevo), Josip Stadler aus dem erzbischöflichen Amt von 1900 bis zum Jahre 1913 abspielten, wurde erst vor kurzem Gegenstand systematischer Forschungen.¹ Diese Versuche standen in enger Verbindung mit der Herausbildung der kroatischen Politik in Bosnien und der Herzegowina in der österreichisch-ungarischen Ära, beziehungsweise mit der Konfrontation einer ihrer Optionen – des Stadlerschen Kreises – mit der politischen Option der regierenden österreichisch-ungarischen politischen Kreise. Ziel dieses Artikels ist es, die erwähnten Konfrontationen darzustellen.

I. Die innerkroatischen politischen Konfrontationen in Bosnien und der Herzegowina und die Konflikte zwischen Erzbischof Stadler und den österreichisch-ungarischen Behörden als Ausgangspunkt der Forderung nach Stadlers Demission

Erzbischof Josip Stadler² und sein politischer Kreis traten für den Anschluss Bosniens und der Herzegowina an die kroatischen Länder ein, sowie für eine trialistische Umbildung der Österreichisch-ungarischen Monarchie, in welcher neben der österreichischen und ungarischen auch eine kroatische Staatseinheit geschaffen werden sollte. Sie stützten sich auf das Programm der vereinigten kroatischen Opposition aus dem Jahre 1894, welches eine Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien vorsah, und auf den sog. großösterreichischen trialistisch orien-

* Dr. sc. Zoran Grijak, Kroatisches Institut für Geschichte, Zagreb, Republik Kroatien

¹ Die Angaben für das Jahr 1913 finden sich im Werk von Petar Vrankić, Religion und Politik in Bosnien und der Herzegowina (1878-1918), Paderborn 1998, S. 732-733.

² J. Stadler (Brod na Savi, 24. I. 1843 - Sarajevo, 8. XII. 1918) Der Erzbischof von Zagreb, Kardinal Juraj Haulik schickte ihn vor Abschluss der achten Gymnasialklasse 1862 in das Collegium Germanico-Hungaricum nach Rom zum Philosophie- und Theologiestudium an

tierten Kreis, der sich 1905 um den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und die österreichischen Soziale gebildet hatte. Am Vorabend der Annexion begannen sie auch mit dem Präsidenten der Reinen Rechtspartei, Josip Frank, intensiv zusammenzuarbeiten.³ Da die politischen Führer der bosnisch-herzegowinischen Serben und Muslime für eine Autonomie im Rahmen der Österreichisch-ungarischen Monarchie eintraten und an der Jahrhundertwende eine intensive politische Zusammenarbeit im Kampf für eine religiös-bildungsmäßige Autonomie entwickelten, lehnte der Kreis um Stadler die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit ihnen ab. Die Serben beharrten auf der Autonomie Bosniens und der Herzegowina und arbeiteten tatsächlich für deren Abspaltung von der Österreichisch-ungarischen Monarchie und für eine Verbindung mit dem Königreich Serbien. Die Muslime setzten sich noch zu Ende der osmanischen Herrschaft für die Autonomie Bosniens und der Herzegowina ein und fuhren auch in der österreichisch-ungarischen Zeit fort, dafür zu agitieren.

Im Gegensatz zur politischen Homogenität der Muslime und Serben existierten unter den bosnisch-herzegowinischen Kroaten zwei divergierende Konzeptionen einer politischen Organisation. Erzbischof Stadler lehnte die Möglichkeit der Bildung gemeinsamer politischer Organisationen mit den Muslimen ab, weil die katholische Religionszugehörigkeit einen wichtigen Faktor der kroatischen nationalen Konstituierung in Bosnien und der Herzegowina darstellte. Diese Tatsache wird in der Historiographie meist vernachlässigt oder verschwiegen. Stadler widersetzte sich der Bildung gemeinsamer Organisationen von Katholiken und Muslimen, um im Prozess der nationalen Konstituierung der bosnisch-herzegowinischen Kroaten keine

der päpstlichen Gregoriana-Universität. 1868 wurde er in Rom zum Priester geweiht und kehrte 1869 nach Zagreb zurück. Ab 1869 unterrichtet er im Erzbischöflichen Gymnasium, ab 1874 wirkt er zuerst als außerordentlicher und dann als ordentlicher Professor für dogmatische Theologie an der Theologischen Fakultät der Universität Zagreb. Er verfasste das erste philosophisch-theologische Kompendium für die theologischen Fakultäten in kroatischer Sprache. Im Jahre 1881 wurde er zum ersten Erzbischof von Vrhbosna (Sarajevo) und Metropolit der bosnischen (bosnisch-herzegowinischen) Kirchenprovinz ernannt. Zu Stadlers Tätigkeit in Bosnien und der Herzegowina siehe ausführlicher: Zoran Grijak, *Politička djelatnost vrhbosanskog nadbiskupa Josipa Stadlera*, Zagreb 2001.

³ J. Frank (Osijek, 16. IV. 1844 - Zagreb, 17. XII. 1911) 1868 Abschluss des Jusstudiums in Wien. Ab 1890 Mitglied der Rechtspartei, 1895 tritt er aus und gründet gemeinsam mit A. und M. Starčević sowie E. Kumičić den Klub der Reinen Rechtspartei mit dem Tagblatt *Hrvatsko pravo* [Das kroatische Recht]. In Opposition zur sog. Resolution von Rijeka (1905) und der Politik der Kroatisch-serbischen Koalition zieht es ihn zum sog. großösterreichischen Kreis. Er trat für die Vereinigung der kroatischen Länder (mit Bosnien und der Herzegowina) im Rahmen einer trialistisch umgebildeten Monarchie ein. Im April 1908 unterstützten seine Parteigänger die Herrschaft des Banus P. Rauch, während die Strömung um M. Starčević die Regierung Rauchs sowie die Unterstützung Franks für diese dualistische Regierung verurteilte. Daraufhin erfolgte die Spaltung der Partei. Der Kompromiss der Spitzen der Monarchie mit der Kroatisch-serbischen Koalition und die Absetzung Rauchs vom Banusstuhl führten auch zu Franks politischem Untergang; Er zog sich im Herbst 1909 aus der Politik zurück. Siehe: *Hrvatski biografski leksikon (HBL)* [Kroatisches biographisches Lexikon], Bd. 4, Hg. Trpimir Macan, Zagreb 1998, S. 383-386.

Verwirrung zu stiften. Den Muslimen bestritt er dabei die Möglichkeit einer politischen Organisation auf kroatisch-nationalen Grundlagen nicht. Ein Zeugnis davon, dass Stadler das Kroatementum nicht mit dem Katholizismus gleichsetzte, finden wir in seinem Brief an den Bischof von Đakovo, Josip Juraj Strossmayer, als sich der Vorstand des Kroatischen Gesangsvereins Trebević bei der Einweihung der Vereinsfahne am 2. Juni 1900 vom katholischen Ritus Abstand nahm.⁴ Die weltliche Führung der 1906 gegründeten Kroatischen Volksgemeinschaft [Hrvatska narodna zajednica, in der Folge: HNZ] und die Franziskaner beharrten auf einer interkonfessionellen Grundlage der kroatischen Politik in Bosnien und der Herzegowina. Angesichts der Komplexität dieser Problematik würde es den hier gestellten Rahmen sprengen, wollte ich die mit der Formulierung des Programms der HNZ verbundenen Probleme sowie den damit zusammenhängenden Ablauf des Konflikts zwischen Erzbischof Stadler und der Führung der HNZ hier detaillierter erörtern.⁵ Es muss dennoch betont werden, dass dieser Konflikt nicht programmatischer Natur war, wenigstens soweit es sich um die Frage der staatsrechtlichen Lage Bosniens und der Herzegowina im Rahmen der Monarchie handelte. Erzbischof Stadler und die Führung der HNZ stimmten fast identisch dem Programm der vereinigten kroatischen Opposition aus 1894 zu, das eine Verbindung Kroatiens mit Bosnien und der Herzegowina vorsah. Wenn man in Betracht zieht, dass die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina nicht nur eine der Programmrichtlinien war, sondern die programmatische Grundlage der beiden kroatischen politischen Organisationen in Bosnien und der Herzegowina, der HNZ und Stadlers 1910 gegründeten Kroatischen Katholischen Vereins [Hrvatska katolička udruga, in der Folge: HKU] bildete, und dass der muslimische Klub im Bosnisch-herzegowinischen Landtag 1910 mit Indignation jedwede Möglichkeit einer Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien entschieden abgelehnt hat⁶, kann man ersehen, dass Erzbischof Stadler politisch pragmatischer war, als er auf einer selbständigen politischen Organisation der bosnisch-herzegowinischen Kroaten/Katholiken beharrte.

⁴ Stadler hatte begriffen, dass die Gründung interkonfessioneller kroatischer Organisationen den Prozess der kroatischen politischen Konstituierung in Bosnien und der Herzegowina gefährden könnte und warnte Strossmayer in diesem Zusammenhang, dass die kroatische Politik in Bosnien wenigstens zu Beginn nicht auf interkonfessionelle Grundlagen gestellt werden dürfe: "[...] zuallererst soll der kroatische Geist unter den Katholiken verbreitet und gefestigt sein. Dies hindert natürlich nicht, gleichzeitig auch die Mohammedaner und die Brüder in Christo [die Orthodoxen, Anm. von Z. G.] anzuziehen und für das Kroatementum zu gewinnen, aber nicht so, dass sich die Katholiken selbst spalten. Jetzt zerspalten sie wegen zwölf Mohammedanern [in Trebević, Anm. von Z. G.] vierhundert Katholiken. [...] Ist es nicht geradezu verrückt, die sicheren Errungenschaften unter den Katholiken zu verlassen und nach den Mohammedanern zu schießen?" J. Stadler an J. J. Strossmayer, Sarajevo, 8. V. 1900, Archiv des bischöflichen Ordinariats in Đakovo, 536/1900.

⁵ Siehe: Z. Grijak, *Politička djelatnost*, S. 139-195; S. 421-526.

⁶ *Stenografski izvještaj XV. sjednice Sabora Bosne i Hercegovine, držane dne 8. VII. 1910. u Sarajevu*, In: *Stenografski izvještaji o sjednicama bosansko-hercegovačkog sabora god 1910.*, Sarajevo 1910, S. 491.

Die Führung der HNZ lehnte Stadlers politische Option wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Opportunität der Zusammenarbeit mit den Muslimen ab⁷, später jedoch auch deswegen, weil Stadlers Option "frankistisch" bzw. "exklusiv kroatisch" und pro-österreichisch war. Die Ursache einer solchen Haltung lag in der Tatsache, dass die Führung der HNZ nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina sich mehr und mehr auf die Option der Kroatisch-serbischen Koalition einstellte, die 1906 in Kroatien an die Macht kam, beziehungsweise in der Suche nach einer Unterstützung bei den Serben und Ungarn für eine Vereinigung der kroatischen Länder. Stadlers HKU, die gegen diese nationalpolitische Orientierung der HNZ opponierte, erlebte bei den Wahlen zum Bosnisch-herzegowinischen Landtag 1910 eine schwere Niederlage, so dass sich sein politischer Kreis gezwungen sah, sich noch stärker auf außenpolitische Faktoren zu stützen, auf den großösterreichischen Kreis in Wien und die Reine Rechtspartei in Zagreb. Andererseits intensivierten die weltliche kroatische Intelligenz und die Franziskaner in der HNZ mehr und mehr ihre Beziehungen zur Führung der Kroatisch-serbischen Koalition in Zagreb. Die zwischen der Leitung der HNZ und dem Kreis Stadlers 1912 erreichte und von der Auflösung der HKU und dem Übertritt ihrer Mitglieder in die HNZ herbeigeführte Aussöhnung konnte aber nicht endgültig sein, da die früheren Unterschiede in der Auffassung über die Art der südslawischen Zusammenarbeit nicht nur nicht verschwunden waren, sondern sich während der Balkankriege (1912/1913) und des Ersten Weltkriegs (1914-1918) weiter vertieften.

Erzbischof Stadler widersetzte sich entschieden jedweder Möglichkeit einer südslawischen Zusammenarbeit, in der er nur einen Schritt zur Loslösung der kroatischen Länder aus der Monarchie und ihrer Verbindung mit dem Königreich Serbien erkannte, während die Führung der HNZ und die Franziskaner diese Option unterstützten und sogar öffentlich den Standpunkt einer sog. fortschrittlichen Ideologie über die nationale Einheit der Kroaten und Serben, gemäß welchen die Unterschiede nur aus unterschiedlichen Namen bestünden, vertraten. Der Präsident der HNZ, Nikola Mandić⁸ hat sich in einer Landtagsrede am 10. Juni 1910 im Rahmen der Debatte über die Verfassungsbestimmungen für Bosnien und die Herzegowina öffentlich als Anhänger der fortschrittlichen Ideologie

⁷ Die Führung der HNZ wurde von den Ideen der Rechtspartei über die kroatische Herkunft der Muslime stark beeinflusst und wollte diese, ihren Widerstand voraussehend, für ihr interkonfessionell konzipiertes kroatisches Programm gewinnen. Siehe: Jure Krišto, *Prešućena povijest. Katolička crkva u hrvatskoj politici 1850.-1918.*, Zagreb 1994, S. 300-301.

⁸ N. Mandić (Dolac kod Travnika, 17. I. 1869 - Zagreb, 7. VI. 1945) Abschluss des Jusstudiums mit dem Doktorat 1893 in Wien. Danach Rechtsanwalt in Sarajevo. Einer der Gründer und Präsident der Kroatischen Volksgemeinschaft (HNZ). Er war Abgeordneter im Landtag Bosniens und der Herzegowina (1910), sein Vizepräsident und Präsident (1911) sowie Landeschef-Stellvertreter (1914). Im Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) Präsident der Kroatischen Staatsregierung (ab dem 2. IX. 1943). Im Mai 1945 flüchtete er aus Kroatien, wurde danach an Jugoslawien ausgeliefert, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Siehe: *Hrvatski leksikon (HL)*, Bd. II, Hg. Antun Vujić, Zagreb 1997, S. 60.

bekannt.⁹ Für die Undurchführbarkeit von Stadlers politischem Programm war jedoch die Tatsache entscheidend, dass ihm die Unterstützung von außen verweigert wurde, besonders seitens der großösterreichischen Kreise, die nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf das Programm der trialistischen Umgestaltung der Monarchie verzichteten und sich für einen reformierten Dualismus entschieden, um die Ungarn für ein Kriegsoffer und den Verbleib im gemeinsamen Staat zu gewinnen.

Die Befürchtungen Erzbischof Stadlers, die Führung der HNZ würde sich der Zusammenarbeit mit den Ungarn zuneigen und damit die Grundlagen des Programms von 1894 verlassen, wurden besonders durch die Affäre anlässlich der Gründung der Privilegierten Agrar- und Kommerzbank für Bosnien und die Herzegowina als Filiale der Pester Ungarischen Kommerzbank bestärkt. An der Gründung der neuen Bank, die sich vor allem der Vergabe von Krediten zum fakultativen Freikauf von Kmeten widmen sollte, beteiligte sich - aktiv, als Aktionär und Vorstandsmitglied - auch der Präsident der HNZ, Nikola Mandić, ohne darüber den Zentralausschuss der HNZ zu informieren. Als die Nachricht davon in die Öffentlichkeit drang, brach ein großer Skandal aus. Im Versuch, sich zu rechtfertigen, veröffentlichte N. Mandić in Mostar die Broschüre *Dr. Nikola Mandić i privilegovana agrarna banka u Sarajevu* [Dr. Nikola Mandić und die Privilegierte Agrarbank in Sarajevo], in welcher er den Vormarsch des ungarischen Kapitals in Bosnien und der Herzegowina befürwortete. Dadurch verschlechterte er jedoch die Situation nur, weil das politische Organ des Stadler-Kreises *Hrvatski dnevnik* [Kroatisches Tagblatt] im März 1909 eine starke Kampagne gegen ihn in Gang setzte, in der er beschuldigt wurde, zum Exponenten der ungarischen Interessen in Bosnien und der Herzegowina geworden zu sein und dabei die kroatischen Interessen dem persönlichen Nutzen geopfert zu haben.¹⁰ Der Zentralausschuss der HNZ stellte Mandić vor die Wahl, entweder den Verwaltungsausschuss der Privilegierten Agrar- und Kommerzbank zu verlassen oder den Posten des Präsidenten der HNZ aufzugeben. Er entschied sich für letzteres und trat bald darauf vom Amt des Präsidenten der HNZ zurück.

Die neue pro-ungarische Orientierung der HNZ rückte die Verwirklichung der ungarischen Bestrebungen zur Einbindung Bosniens und der Herzegowina in die ungarische Hälfte der Monarchie, als *corpus separatum*, im Rahmen der erwarteten Rekonstruktion der dualistischen Ordnung, in greifbare Nähe. Die Ungarn strebten ja schon seit der Okkupation Bosniens

⁹ "Ich kann nur als Kroat, als Vertreter des kroatischen Elements Bosniens und der Herzegowina, sagen, dass wir uns bemühen werden müssen, uns das Prinzip der nationalen Einheit zwischen den Serben und Kroaten zu eigen zu machen, [...] beider Völker, die Eins nach dem Blut, Eins nach der Sprache, und verschieden nach Namen sind." Siehe: Stenografski izvještaj V. sjednice Sabora Bosne i Hercegovine držane dne 10. juna 1910. u Sarajevu, In: Stenografski izvještaji o sjednicama bosansko-hercegovačkog sabora god. 1910., Sarajevo 1910, S. 43.

¹⁰ Mandićeva brošura, *Hrvatski dnevnik*, IV/1909, Nr. 52, Nr. 53, Nr. 54.



*Josip Stadler, Erzbischof
von Vrhbosna (um 1900)*

und der Herzegowina, unter Berufung auf das ungarische Staatsrecht¹¹, aber auch auf geostrategische und andere Argumente, danach. Dadurch standen sie in direktem Widerspruch zu den Bemühungen Österreichs, Bosnien und die Herzegowina zu einem gesamtstaatlichen Gebiet zusammenzufassen, das die gemeinsamen Staatsinstitutionen mittelbar stärken

¹¹ Das staatsrechtliche Hauptargument für ihren Anspruch, Bosnien und die Herzegowina als Separatland der Hl. Stefanskronen einzugliedern und dem ungarischen Ministerrat zu unterstellen, fanden die Ungarn in der Tatsache, dass Rama (Bosnien) seit 1138 in den ungarischen königlichen Titel integriert war. Siehe darüber: Ákos von Timon, *Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte*, Berlin 1909, S. 119, 249, 250, 528-542; Ferenc Komlóssy, *Das Rechtsverhältnis Bosniens und der Herzegowina zu Ungarn* (mit besonderer Rücksicht auf das Mittelalter), Budapest 1909. Zu Gunsten von Ungarn wirkte sich auch die Tatsache aus, dass sich die kaiserliche Proklamation über die Annexion Bosniens und der Herzegowina auf das ungarische Staatsrecht stützte: "... auf die in alten Zeiten zwischen Unseren glorreichen Vorfahren auf dem ungarischen Throne und diesen Ländern bestandenen Bande." Adalbert von Shek, *Ungarns Ansprüche auf Bosnien-Herzegowina*, *Kroatische Rundschau*, 15. Okt. 1918, S. 5. Trotz einer gewissen Abhängigkeit Bosniens und der Herzegowina von Ungarn in der Vergangenheit, die nicht einmal die kroatischen Historiker (angesehene Juristen, unter denen in Bosnien und der Herzegowina der Landesregierungsbeamte A. Shek hervorstach) leugneten, fanden sie darin keine Grundlage zur staatsrechtlichen Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit Ungarn: "Es sei festgestellt, dass sowohl nach dem Zeugnis ungarischer als auch kroatischer Historiker (insbesondere der Kroaten Dr. Franz Rački, Ferdinand Šišić, V. Klaić, Dr. Milobar (Petrinensis), Balan – Dr. Stadler (gegenwärtiger Erzbischof von Sarajevo) Bosnien und die Herzegowina in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu den ungarischen Königen standen. [...] Doch kann die Tatsache, dass Bosnien und die Herzegowina vor Jahrhunderten in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu Ungarn gestanden sind, **gegenwärtig** einen Rechtsgrund zur Einverleibung Bosniens und der Herzegowina zu Ungarn **nicht**

würde. Die Tendenz der Ungarn ging dahin, die Durchführung der österreichisch-ungarischen Ostpolitik von Österreich zu übernehmen. Der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Ziels war die Realisierung der politischen Vorherrschaft Ungarns auf dem Balkan. Der einflussreichste Förderer dieser Politik war Graf Julius Andrassy, der Schöpfer des österreichisch-ungarischen Ausgleichs aus dem Jahre 1867 und des politisch-diplomatischen Erfolgs der Monarchie auf dem Berliner Kongress im Jahre 1878.¹² Die Gedanken Andrassys über die Notwendigkeit der Vorherrschaft Ungarns, und - über Ungarn - der Österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Balkan wird, neben der Berufung auf die staatsrechtliche Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina zur Hl. Stefanskronen, zum konstanten Bestandteil der ungarischen Ostpolitik und zur Grundlage deren Ansprüche auf die staatsrechtliche Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit dem Königreich Ungarn, von der Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 an bis zum Zusammenbruch der Österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1918. Der einflussreichste Nachfahre von Andrassys Ostpolitik, die sich auf die Führung einer wohl durchdachten Politik gegenüber Russland als Voraussetzung zur Sicherung der Errungenschaften des Berliner Kongresses gründete, war Benjamin Kállay.¹³ Die politische Bühne

bilden.“ Ebenda. Die Ursachen, aufgrund deren die Theoretiker des ungarischen Staatsrechtes Bosnien und die Herzegowina auch weiterhin als Land der Hl. Stefanskronen ansahen, erblickt A. Shek besonders darin, dass ein Land, das sich einst in der Vergangenheit im Verbund der Länder der Hl. Stefanskronen befand, diesem Gefüge virtuell zugehörig ist, auch dann, wenn das Zusammentreffen von historischen Umständen den staatsrechtlichen Ansprüchen anderer Staaten mehr Berechtigung verleiht: “Nach ungarischem Staatsrechte wird ein Land, welches auf irgend eine Weise an die “Heilige ungarische Krone”, sei es durch Eroberung, sei es durch freiwillige Unterwerfung, Vertrag, Abtretung, u. s. gelangt ist, auf immerwährende Zeiten ein unzertrennlicher Bestandteil der heiligen ungarischen Krone. Mag in der Folge eine Änderung im Staatsgebiete eingetreten sein, so ändert dies an dem *virtuellen* Rechte der heiligen ungarischen Krone gar nichts, das Recht auf ehemaliges ungarisches Staatsgebiet ist unverjährbar, ohne Rücksicht auf nachgefolgte Tatsachen, ja auf spätere *rechtliche Ansprüche* anderer Staaten auf ein derartiges ehemaliges Gebiet der heiligen ungarischen Krone.“ Ebenda.

¹² Siehe: Eduard von Wertheimer, Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit, Bd. I., Stuttgart 1913, S. 457.

¹³ Benjamin Kállay (Nagykállo, 22. XII. 1839 - Wien, 13. VII. 1903) Als junger Mann erlernte er die russische, serbische und türkische Sprache. Neunundzwanzigjährig wurde er zum Generalkonsul in Belgrad ernannt (1869-1875), was eine Ausnahme in der diplomatischen Praxis der Monarchie darstellte. Während seines Aufenthaltes in Serbien erkannte er den russischen Einfluss auf die Gestaltung der Politik in diesem Land. Er veröffentlichte zwei Bücher aus der serbischen Geschichte, Geschichte der Serben, Budapest – Wien - Leipzig 1878 und Die Geschichte des serbischen Aufstandes 1807-1810, Wien 1910. Das erste Buch wurde bald in die serbische Sprache übersetzt (Istorija srpskog naroda, Beograd 1882). Von seinen anderen Werken sei besonders Die Orientpolitik Russlands (1878) hervorgehoben. Zurück in Budapest, verteidigt er Andrassys Ideen über die Berechtigung der Okkupation Bosniens und der Herzegowina; Am 10. IV. 1877 übergab er Franz Joseph I. ein Memorandum, in dem er seine Ideen über die Verwaltung der Monarchie in Bosnien und der Herzegowina darlegt. Im Jahre 1878 ist er der Vertreter der Monarchie in der internationalen Kommission für Ostrumelien in Plovdiv, am 4. IX. 1878 wurde er zum Ersten Sektionschef im Ministerium des Äußeren ernannt. Von 1882 bis 1903 verwaltet er Bosnien und die Herzegowina als gemein

betritt er als Schützling Andrássys, im Unterschied zu Andrassy aber, der sich gerne in historischen Reminiszenzen über die Macht und den Ruhm Ungarns in der Vergangenheit erging, berief sich Kállay ausschließlich auf geopolitische und geostrategische Argumente.¹⁴ Österreich war nicht bereit, die Vorherrschaft in Bosnien und der Herzegowina an Ungarn abzutreten, wollte aber durch die Verdrängung Ungarns aus diesem Gebiet das dualistische System auch nicht verletzen. Damit kann die Tatsache erklärt werden, dass Österreich erlaubte, dass die gemeinsamen Finanzminister meistens aus Ungarn stammten.¹⁵

Da Erzbischof Stadler mit seiner trialistischen Option und der Suche nach einer politischen Unterstützung in Österreich das Haupthindernis zur Realisierung der ungarischen Pläne in Bosnien und der Herzegowina darstellte, bemühten sich die Ungarn, ihn um jeden Preis zu verdrängen. Ihre damit verbundenen Ambitionen waren in der Zeit nach der Annexion, als sich die Führung der HNZ pro-ungarisch orientierte und Erzbischof Stadler als einziger seriöser ungarischer Gegner in Bosnien und der Herzegowina übrig blieb, besonders deutlich. Bei ihren Versuchen der Eliminierung Stadlers hatten sich die Ungarn auch schon früher, an der Jahrhundertwende, engagiert, wenn auch nicht offen, so doch verdeckt, indem sie einerseits versuchten, das Auseinanderdriften unter den kroatischen Politikern auszunüt-

samer Minister der Finanzen der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Siehe: *Meyers Lexikon*, Bd. VI., Leipzig 1927, S. 877; L. Thallóczy, Benjamin von Kállay, Gedenkrede, Budapest 1909.

¹⁴ B. Kállay war einer der führenden zeitgenössischen Kenner der Orient- und Balkanfrage. In seiner Beitrittsrede legte er in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften am 20. V. 1883 seine These über die Zivilisierungsmission Ungarns im Osten dar. Siehe: Ungarn an den Grenzen des Orients und des Occidents, *Ungarische Revue*, Hg. Paul Hunfalvy und Gustav Heinrich, Budapest 1883, S. 428-489. Als gemeinsamer Minister der Finanzen engagierte er sich in der Verbreitung geopolitischer und geostrategischer Argumente für einen Anschluss Bosniens und der Herzegowina an Ungarn, sollte diese Frage politisch aktuell werden. Zur Unterstreichung der Argumente, warum Bosnien und die Herzegowina bei einer Umgestaltung der dualistischen Verfassung der Österreichisch-ungarischen Monarchie an Ungarn fallen sollten, schrieb er: "Lassen wir die Bezeichnung der historisch-geographischen Schule gelten, so ist dieses Gebiet durch seine historischen Grenzen auf Ungarn angewiesen. Allein nicht nur in der Lage Ungarns, sondern auch in der heutigen Gestaltung der Habsburgischen Monarchie gelangt in erster Linie die südöstliche Grenze zur Geltung. Denn während längs des österreichischen Kaiserstaates die russische Grenze 1.000, die italienische 500, die des Deutschen Reiches 1.400 km lang ist, berührt die Nordgrenze der Balkanhalbinsel – einschliesslich Rumäniens – die ungarische Grenze in einer Länge von 1.500 km. Wir wollen aus der Theorie der Grenzlänge keine zu weit gehenden Folgerungen ziehen, doch ist es unbedingt gewiss, dass sowohl für die Habsburgische Monarchie, als auch insbesondere für den ungarischen Staat die nach dem Balkan benannte südosteuropäische Halbinsel als unmittelbarste Interessensphäre für Ungarn in Betracht kommt." Die Lage der Mohamedaner in Bosnien, von einem Ungarn [B. Kállay], Wien 1900, S. 9.

¹⁵ Die gemeinsamen Minister der Finanzen, die von 1878 bis 1918 Bosnien und die Herzegowina verwalteten, waren: Leopold Hoffmann (1875-1880), Joseph Szlávy (1880-1882), Benjamin Kállay (1882-1903), István Burián (1903-1912; 1916-1918), Leon Bilinski (1912-1915), Ernst Körber (1915-1916), István Tisza (1918), Alexander Spitzmüller-Hammersbach (1918). Siehe: Petar Vrankić, Religion und Politik, S. 789-790.

zen, und andererseits in den gemeinsamen Institutionen der Monarchie und im Vatikan Stadler als kirchlichen Würdenträger, der die interkonfessionellen und zwischennationalen Beziehungen in Bosnien und der Herzegowina störe und die materielle Existenz der bosnischen Erzdiözese gefährde, zu desavouieren.

II. Die Ansprachen Erzbischof Stadlers auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress 1900 als Anstoß zur Forderung nach seiner Demission

Die Teilnahme Erzbischof Stadlers am Ersten Kroatischen Katholischen Kongress (Zagreb, 3.-5. September 1900) war durch drei öffentliche Auftritte, von welchen jeder große Aufmerksamkeit auf sich zog, gekennzeichnet.¹⁶ Im Unterschied zum ersten und zweiten Auftritt, die theologischer Natur waren, trug seine Rede anlässlich des Kongressendes am 5. September ausgeprägte politische Züge und wurde von den österreichisch-ungarischen Behörden und den Teilnehmern am kroatischen politischen Leben sehr beachtet. Sicherlich auch durch den Ton der Tischreden anderer Teilnehmer veranlasst, die neben der Ergebnisheit der katholischen Kirche auch die Treue zur kroatischen Nationalidee hervorhoben, hielt Stadler eine Rede, in der er wünschte: “[...] dass sich Bosnien und die Herzegowina so bald wie möglich mit dem Mutterland vereinigen.”¹⁷ Diese Worte Stadlers verursachten unter den Kongressteilnehmern große Begeisterung. Durch den Saal brandete donnernder Applaus neben Ausrufen wie “Es lebe Stadler! Es lebe das kroatische Bosnien!”¹⁸. Unmittelbar nach der Veröffentlichung von Stadlers Tischrede in der Presse folgten die erwarteten Proteste der gegen die Annexion eingestellten bosnisch-herzegowinischen Serben und Muslime. Die österreichisch-ungarischen Behörden waren ebenfalls sehr unzufrieden, weil sie den kroatischen politischen Vertretern noch zur Zeit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1878 das Recht, über ihre staatsrechtliche Lage zu diskutieren, verweigert hatten. Stadler hatte mit seiner Forderung nach einem Anschluss Bosniens und der Herzegowina an Kroatien diese politisch sehr sensible Frage berührt, und bald folgte die Reaktion aus der Staatsspitze selbst.

Der Direktor der kaiserlich-königlichen Hofkanzlei Freiherr Schiessel übersandte Erzbischof Stadler am 8. September 1900 im Namen von Kaiser Franz Joseph einen Brief, in dem er ihn wegen seiner Äußerungen über Bosnien und die Herzegowina auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress rügte. Trotz der bei ihm eingetroffenen Nachrichten ließ er die

¹⁶ Siehe: Zoran Grijak, *Sudjelovanje vrhbosanskog nadbiskupa Josipa Stadlera na Prvom hrvatskom katoličkom kongresu*, In: *Hrvatski katolički pokret. Zbornik radova s Međunarodnoga znanstvenog skupa održanog u Zagrebu i Krku od 29. do 31. ožujka 2001.*, Hg. Zlatko Matijević, Zagreb 2002, S. 185-195.

¹⁷ Stjepan Korenić (Hg.) *Prvi hrvatski katolički sastanak održavan u Zagrebu dne 3., 4. i 5. rujna godine 1900.*, Zagreb 1900, S. 336.

¹⁸ Ebenda.

Möglichkeit offen, dass er falsch informiert worden wäre.¹⁹ Schiessels Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Nachrichten war natürlich vorge-täuscht, da ihm umfassend berichtet worden war. Er übermittelte Erzbischof Stadler die Warnung, dass er mit seinen Äußerungen über Bosnien und die Herzegowina seine Befugnisse überschreite; diese Frage sei rein politisch und von der Heiligkeit seines Amtes weit entfernt. Die Lösung der Bosnien-Frage im Rahmen der Monarchie bleibe den zuständigen weltlichen Faktoren, vor allem Franz Joseph, zu dessen souveränen Rechten dies gehöre, vorbehalten.²⁰ Den erwähnten Brief richtete der Direktor der kaiserlich-königlichen Hofkanzlei an den gemeinsamen Minister der Finanzen, Kállay. Als dieser am 9. September 1900 das Schreiben empfing, sandte er es am 12. September an den Ziviladlatus Freiherr Hugo Kutschera weiter.²¹ Er machte ihn auf die Entscheidung des gemeinsamen Ministeriums der Finanzen aufmerksam, man möge aus Rücksichtnahme gegenüber Erzbischof Stadler nicht erwähnen, dass die Landesregierung mit dem Inhalt dieses Briefes vertraut sei.²² Als der Inhalt des erwähnten Schreibens dennoch kurze Zeit später der Redaktion des offiziellen *Sarajevski list* [Sarajewo-Blatt] telegraphisch übermittelt wurde, wandte sich Kutschera an Kállay mit der Anfrage, ob seine Veröffentlichung erlaubt sei. Kállay antwortete ihm mit einem Privatbrief vom 14. September 1900, dass die kaiserliche Ermahnung an Stadler im *Sarajevski list* zwar publiziert werden dürfe, jedoch ohne Kommentar. In Bezug auf die Tatsache, dass das kaiserliche Mahnschreiben schon in einigen Zeitungen in der Österreichisch-ungarischen Monarchie erschienen war, gestattete Kállay seine Veröffentlichung auch in der den Behörden ergebenden Presse in Bosnien und der Herzegowina, zuallererst im *Bošnjak*, mit der Warnung, dass der Kommentar keine Angriffe gegen Erzbischof Stadler enthalten dürfe, und besonders nicht gegen "das Kroatenthum als Nationalität."²³ Danach machte Kállay Kutschera mit der Tatsache vertraut, dass Budapest offiziell angewiesen worden war, dass die Nachrichten über Stadlers Tischrede und die kaiserliche Ermahnung unter den selben Bedingungen wie in Bosnien und der Herzegowina, also ohne

¹⁹ Siehe: Arhiv Bosne i Hercegovine, Zajedničko ministarstvo financija, Odjeljenje za Bosnu i Hercegovinu [Gemeinsames Finanzministerium, Präsidium für die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina], (weilers: ABH, GFM, Präs. BH), 1137/1900.

²⁰ Ebenda.

²¹ H. Kutschera (1847-1909) war hoher österreichisch-ungarischer Beamter und Diplomat sowie Orientalist europäischen Ranges. Er beschäftigte sich besonders mit der Erforschung der Chasaren. Siehe: Hugo Freiherr von Kutschera, *Die Chasaren: Historische Studie*, Wien 1910; *Österreichisches Biographisches Lexikon und biographische Dokumentation 1815-1950*, Bd. 4., Wien 2003, S. 375.

²² ABH, GFM, Präs. BH, 1137/1900.

²³ "Was nun eine nähere Besprechung der Sache betrifft, so kann eine solche in den Ihnen nahestehenden Blättern in BH, darunter jedenfalls im *Bošnjak*, veröffentlicht werden, jedoch sollen die Kommentare zu diesem Schriftstücke sich aller Gehässigkeit, insbesondere aller persönlichen Angriffe gegen Dr. Stadler absolut enthalten, ebenso sehr auch aller gegen das Kroatenthum als Nationalität gerichteten Ausfälle." Ebenda.

Angriffe auf Erzbischof Stadler und ohne Kommentare mit einem antikroatischen Akzent, in der Presse erscheinen dürften.²⁴

Aus den erwähnten Dokumenten geht klar hervor, dass die österreichisch-ungarischen Behörden Stadlers ausdrücklichen Wunsch nach einer möglichst baldigen Vereinigung Bosniens und der Herzegowina auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress für politisch gefährlich hielten, weil jede Änderung der staatsrechtlichen Lage Bosniens und der Herzegowina das empfindliche Gleichgewicht des dualistischen Systems gefährden und - in Bezug auf die formelle Souveränität des Osmanischen Reichs - eine Krise in den Beziehungen zu den Signatarmächten des Vertrags von Berlin, besonders mit Russland, heraufbeschwören konnte. Ziel der Ermahnung, die der Direktor der Hofkanzlei am 8. September 1900 an Stadler richtete, war es, den negativen politischen Beigeschmack der Rede Stadlers zu neutralisieren, so dass ihre Veröffentlichung nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig war. Die Krise des dualistischen Systems der Monarchie und hierum wieder die Bemühungen des Herrschers, Ungarn, das Bosnien und die Herzegowina als sein Interessensgebiet betrachtete, nicht zu provozieren, forderten die Bekanntmachung der kaiserlichen Ermahnung an Stadler geradezu heraus. Bezüglich der Präentionen Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina konnte sich Stadlers Rede auch auf die kroatisch-ungarischen Beziehungen negativ auswirken, so dass auch von dieser Seite ihr politischer Anklang zu mildern war. Ebenso bestand die Möglichkeit des politischen Missbrauchs der Rede Stadlers in Bosnien und der Herzegowina seitens der gegen die Annexion eingestellten Serben und Muslime, eine Missstimmung gegen die Kroaten, und so mittelbar auch gegen die Österreichisch-ungarische Monarchie heraufzubeschwören.

Auf den politischen Missbrauch der Rede Stadlers in Bosnien und der Herzegowina musste man nicht lange warten. In einem Brief vom 11. September 1900 an den Ziviladlatus Kutschera berichtete Minister Kállay, dass aus Anlass der Rede Stadlers auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress rund hundert moslemische Familien aus Sarajevo ihre Auswanderung aus Bosnien und der Herzegowina angekündigt hätten. Dazu äußerte Kállay im genannten Privatbrief vom 14. September 1900 seine Ansicht über die Ursachen der Auswanderung der Muslime aus Bosnien und der Herzegowina, die er in einem Brief offizieller Natur sicher verschwiegen hätte. Er meinte, dass die wahren Gründe für die Auswanderung der Muslime wirtschaftlicher Natur seien, die Anführer der moslemischen Bewegung für die religiös-schulische Autonomie aber bestrebt waren, dies als politisches Problem darzustellen. Die Muslime, denen Stadlers Rede ausreichend Grund zur Auswanderung gab, bezeichnete Kállay als unvernünftig und zog die Schlussfolgerung, dass ihre Abwanderung kein Schaden wäre. Auch behauptete er, dass es unmöglich sei, dem schrullenhaften Gedankengänge der einheimischen Politiker zu folgen, weshalb man sie am besten ignoriere.²⁵

²⁴ ABH, GFM, Privat Registratur (weilers: PR), 181/1900.

²⁵ "Überhaupt ist es unmöglich, dem schrullenhaften Gedan[ken]gange und der jeweiligen Laune der einheimischen Politiker zu folgen [...] ist es daher sicherer, dieselben zu ignorieren." ABH, GFM, PR, 181/1900.

Die kroatischen politischen Parteien nahmen gegenüber dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress, und damit auch gegenüber Stadlers Rede sehr unterschiedliche Standpunkte ein. In den Bewertungen seiner Resolutionen und Reaktionen auf die Auftritte einzelner Teilnehmer spiegeln sich klar die bestehenden politischen Konflikte wider. Die Organe der vereinigten Opposition – *Obzor*, *Hrvatska domovina* und andere, haben über den Kongress und seine Teilnehmer hauptsächlich positiv berichtet. Von Frano Supilo redigiertes Blatt *Crvena Hrvatska* begleitete seine Lobreden des Katholischen Kongresses mit einer scharfen Kritik an den ungarischen Liberalen und der Regierung von Khuen Héderváry in Kroatien. Dabei hob sie die Teilnahme von Erzbischof Stadler sehr wohlwollend hervor.²⁶ *Hrvatsko pravo*, Organ der Frankschen Reinen Rechtspartei, griff den Katholischen Kongress (als Ort der Bestätigung von Strossmayers "slawoserbischen" Ideen unter der Maske des Kroaentums) sowie die Organe der vereinigten Opposition (wegen ihrer positiven Berichterstattung über den Kongress) besonders scharf an.²⁷ Bezüglich der kaiserlichen Ermahnung an Stadler lehnte *Hrvatsko pravo* die Behauptung, dass das kaiserliche Mahnschreiben eine Ermutigung für die ungarischen Ansprüche auf Bosnien darstelle, mit der Begründung ab, dass der Kabinettsbrief bezüglich der staatsrechtlichen Lage Bosniens zugunsten Ungarns nichts präjudiziere. Erzbischof Stadler in Schutz nehmend, betonte *Hrvatsko pravo* das Recht und die Pflicht des kroatischen Volks, sich mit der Bosnien-Frage auseinander zu setzen, um sie im richtigen Moment zu seinen Gunsten lösen zu können. Zur Behauptung der Hofkanzlei über das souveräne kaiserliche Bestimmungsrecht über Bosnien und die Herzegowina wurde festgestellt, dass es in Übereinstimmung mit der Lehre der Rechtspartei stehe, gemäß welcher das kroatische Volk seine staatlichen Angelegenheiten nur mit seinem Souverän lösen solle.²⁸

Als schärfste kroatische politische Opponenten Stadlers nach seiner Erklärung auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress traten Fran Folnegović²⁹ und Alojzije Boroša auf. Folnegović besuchte noch 1894 den

²⁶ *Crvena Hrvatska*, X/1900, Nr. 38., (22. September 1900).

²⁷ *Hrvatsko pravo* (HP), Nr. 1448, (5. September 1900); Nr. 1454 (13. September 1900).

²⁸ HP, Nr. 1456 (15. September 1900).

²⁹ F. Folnegović (Slanovec bei Zagreb, 17. II. 1848 - Zagreb, 18. VII. 1903) Schloss sich als Achtzehnjähriger 1866 dem Kreis um A. Starčević an. Von der Rechtspartei erwartete er sich eine starke politische Partei durch den Verzicht auf das Starčević'sche Programm der Schaffung des kroatischen Staates auf den Trümmern der Monarchie. Er trat für eine kroatische Eigenstaatlichkeit im Rahmen der Habsburgermonarchie ein. Als Vizepräsident der Rechtspartei brachte er 1890 J. Frank mit. Zur Zeit der Spaltung der Rechtspartei 1895 stand er in Opposition zu Frank, Ante und Mile Starčević, E. Kumičić und anderen, die aus der Rechtspartei ausgetreten waren und den Klub der Reinen Rechtspartei mit dem Tagblatt *Hrvatsko pravo* gegründet hatten. Im Jahre 1902 gliederte er sich in die koalierte Opposition der Rechtspartei und Unabhängigen Volkspartei ein, durch welche die sog. Kroatische Opposition mit A. Bresztyenszky geschaffen wurde. Folnegović war Chefredakteur ihres Organs *Hrvatska*. Im Frühjahr 1892 trat er den Freimaurern in der Pester Loge *Demokratia* bei, ab September 1892 nahm er an der Arbeit der Zagreber Loge *Hrvatska vila* teil. Siehe: *HBL*, Bd. 4, Zagreb 1998, S. 317-319

gemeinsamen Minister der Finanzen, B. Kállay und bot ihm im Namen der Rechtspartei eine Verständigung an. Dadurch erklärte er die Tendenz zur Umwandlung der Rechtspartei in eine loyale Opposition, die ihre Ziele mit Unterstützung der dualistischen Spitzen der Monarchie verwirklichen würde. Die Tatsache, dass er sich an den einflussreichsten Ungarn in den gemeinsamen Ministerien der Österreichisch-ungarischen Monarchie wandte, weist darauf hin, dass er seine Bestrebungen zur Vereinigung der kroatischen Länder und zur Revision des Kroatisch-ungarischen Ausgleichs an Ungarn, und nicht an Österreich gebunden hatte. Er hoffte wahrscheinlich, dass mit Hilfe Kállays auch die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien im Rahmen der ungarischen Hälfte der Monarchie durchgeführt werden könnte. Folnegovićs Annäherung an Ungarn war vielleicht auch dadurch bestimmt, dass er 1892 die Freimaurerinitiation in der Pester Loge erlebt hatte, denn dieser Loge mussten bestimmt auch einige bedeutende ungarische Politiker angehört haben. Die Schlüsselrolle soll jedoch seiner politischen Orientierung zugeschrieben werden, die auf eine Verständigung mit den Ungarn gerichtet war.

Die politischen Bestrebungen von Alojzije Boroša³⁰ waren ebenfalls mit Ungarn verknüpft. Er hatte sich dort noch vor der Annexion Bosniens



*Gedenkbuch des Bischofs von
Đakovo, Josip Juraj Strossmayer,
herausgegeben von Josip Stadler, 1901*

³⁰ A. Boroša (Donja Stubica, 14. IV. 1841 - Zagreb, 22. X. 1920) Priester des Erzbistums Zagreb. Von 1870-1878 Religionslehrer an der Schule der Barmherzigen Schwestern in Zagreb. Danach Berufung zu den Schwestern im Kloster der Hl. Magdalena in Zagreb. Er

und der Herzegowina einige Male von 1869 bis 1891 als Vertrauensmann von Josip Mihalović, dem Erzbischof von Zagreb, aufgehalten. Aus dieser Zeit stammen auch seine Beziehungen zu dem gemeinsamen Minister des Äußeren, J. Andrassy und zu B. Kállay, der Sektionschef in Andrassys Ministerium war. Nach der Spaltung der Rechtspartei 1895 schloss sich Boroša der Folnegović-Linie an, 1902 der kroatischen Opposition unter der Führung von A. Bresztyenszki und F. Folnegović. Allein oder mit Folnegović war er mehrere Male in Wien und Budapest, wo er seine Ansichten zur Lösung der staatsrechtlichen Lage Kroatiens darlegte. Er setzte sich für die Vereinigung der kroatischen Länder im Rahmen der ungarischen Monarchiehälfte ein. In seinen Schriften kritisierte er meistens die österreichischen Christlichsozialen, die er beschuldigte, auf den Trümmern des Dualismus ein zentralisiertes deutsches Großösterreich errichten zu wollen. Er befürchtete eine Verständigung zwischen den großösterreichischen und liberalen ungarischen chauvinistischen Kreisen, die zu einer dauerhaften Trennung der kroatischen Länder im Rahmen des dualistischen Systems führen würde. Borošas Meinung nach trugen zu einer solchen Verständigung einerseits die Khuen-Regierung bzw. der großungarische Chauvinismus, und andererseits die den großösterreichischen Kreisen nahestehenden "Frankovci" und die "klerikale" Gruppe, die sich 1904 um das Blatt *Hrvatstvo* bildete, bei.³¹

Erzbischof Stadler stand mit seinen Plänen in Opposition zu Folnegović und Boroša. Seine pro-österreichische Haltung und das Eintreten für eine Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit den kroatischen Ländern im Rahmen einer dualistisch umgebildeten Monarchie waren Folnegović und Boroša ein Dorn im Auge, die ihre Pläne an eine Revision des dualistischen Systems knüpften, beziehungsweise an eine Verständigung mit Ungarn. Die Tatsache, dass Folnegović und Boroša versuchten, Erzbischof Stadler nach seiner Rede auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress aus Bosnien und der Herzegowina zu entfernen, lässt den Schluss zu, dass sie in dieser Rede Stadlers Absicht erkannten, sich in seiner politischen Tätigkeit für eine Vereinigung der kroatischen Länder mit Unterstützung der regierenden Kreise in Wien aktiver einzusetzen.

beschrieb seine Tätigkeit besonders bei der Errichtung katholischer Schulen in Bosnien und der Herzegowina von 1870 bis zur österreichisch-ungarischen Okkupation 1878 in dem Werk *Crtice iz okupacije Bosne i Hercegovine na kulturnom polju*, Zagreb 1891. Zur Zeit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina und der Herstellung der ordentlichen Hierarchie war er einer der Kandidaten für den Erzbischofsstuhl von Sarajevo. Im Jahre 1880 verfasste er eine Promemoria über die Herstellung der ordentlichen Hierarchie in Bosnien und der Herzegowina, die er B. Kállay, dem damaligen Sektionschef im Außenamt, übergab. Siehe: *HBL*, Bd. 2, Hg. Aleksandar Stipčević, Zagreb 1989, S. 169. Der Beweis, dass Boroša der Autor der Promemoria aus dem Jahre 1880 war, befindet sich in seinem von Zagreb am 19. XI. 1900 an B. Kállay gesandten Brief. Siehe: ABH, PR, ad 254/1900.

³¹ Siehe: A. Boroša, *Predgovor mojim spomensnopćima*. "Glagolica i Gross-Oesterreich", Zagreb 1907, S. 12-13.

Entschlossen in seiner Absicht, mit Hilfe der zentralen politischen und kirchlichen Behörden Stadlers Abschiebung aus Bosnien und der Herzegowina zu bewerkstelligen, wandte sich Boroša am 19. November 1900 in einem Brief an Minister Kállay. Er brachte eine Reihe von Vorwürfen zu Stadlers Tätigkeit in Bosnien und der Herzegowina vor und schlug danach seine Versetzung nach Rom vor.³² Die Idee einer Abschiebung Stadlers nach Rom vertraute er auch dem Staatssekretär des Heiligen Stuhls, Kardinal Mariano Rampolla an. Er wusste, dass der Heilige Stuhl Stadlers religiöse Tätigkeit in Bosnien und der Herzegowina besonders schätzte, und stützte seinen Vorschlag daher auf die Behauptung, Stadler sei ein sehr schlechter Politiker und schade so den Interessen der katholischen Bevölkerung. Als er seinen Plan den Politikern der kroatischen vereinigten Opposition dargelegt habe, hätten ihn diese angeblich alle unterstützt und vorgeschlagen, Stadler auf den vakanten Bischofsstuhl von Zadar zu versetzen. Boroša war nicht bereit, sich diesem Plan anzuschließen, sondern schlug der Landesregierung in Sarajevo über einen kroatischen Politiker, den er in seinem Brief an Kállay nicht namentlich anführte, vor, Stadler zum Kardinal zu ernennen und nach Rom zu versetzen. Sein Schreiben an Minister Kállay endet mit der Bitte, den Plan bei Kardinal Rampolla zu unterstützen, und zwar schnell noch vor dem bevorstehenden Konsistorium der Kardinalernennungen.³³

Der kroatische Politiker, der in Sarajevo den Plan Borošas bezüglich Stadlers Versetzung nach Rom übermittelte, war Fran Folnegović. Ziviladlatus Kutschera benachrichtigte Landeschef Johann Appel³⁴ über den Inhalt seines Gesprächs mit Folnegović in einem Brief vom 4. November 1900.³⁵ Folnegović erklärte bei seinem Besuch Kutscheras, im Auftrag seiner politischen Freunde zu kommen, um sich über das Verhalten Stadlers nach der ihm aufgrund seiner Tischrede auf dem Ersten Kroatischen Katholischen Kongress erteilten kaiserlichen Ermahnung zu informieren. Während seines Aufenthalts in Sarajevo besuchte Folnegović auch Erzbischof Stadler und teilte Ziviladlatus Kutschera seine Eindrücke über diesen Besuch mit. Er behauptete, Stadler sei ein fleißiger Priester, aber ein naiver Mensch und schlechter Politiker, der der kroatischen Sache schade und daher aus Bosnien und der Herzegowina entfernt werden sollte. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Stadler nach dem Aufruf zur Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien sehr populär geworden war, schlug

³² ABH, PR, ad 254/1900.

³³ Ebenda.

³⁴ J. Appel (Sikirevci, 11. XI. 1826 - Gradisca, 7. IX. 1906) Stammte aus einer Grenzerfamilie. Im Jahre 1840 schloss er die Kadettenschule in Graz ab. Während der Revolution 1848/49 kämpfte er in Italien und Ungarn. Im Jahre 1859 mehrmals für Verdienste im Kriege gegen Frankreich und Piemont ausgezeichnet. Nach der Teilnahme am Krieg gegen Preußen 1866 Major, 1874 General, und 1877 Feldmarschallleutnant. Von 1882-1903 kommandierender General und Landeschef Bosniens und der Herzegowina. Siehe: *Hrvatska enciklopedija*, Bd. 1, Hg. Mate Ujević, Zagreb 1941, S. 525; *Hrvatska enciklopedija*, Bd. 1, Hg. Dalibor Brozović, Zagreb 1999, S. 310.

³⁵ Siehe: ABH, PR, ad 254/1900.

er vor, seine Versetzung auf feierliche Art über Vermittlung der päpstlichen Kurie durchzusetzen. Eine günstige Gelegenheit ergebe sich aus der Tatsache, dass in Rom etliche Kardinäle neu nominiert werden sollten. Laut Folnegovićs Informationen waren in Rom schon die Kämpfe einflussreicher Kardinalskreise zur Findung des neuen Papstkandidaten im Gange, der dem neunzigjährigen Papst Leo XIII. nachfolgen sollte, so dass durch die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Anhängern von Kardinal Rampolla erreicht werden könnte, diesem Vertrauensmann des Papstes Leo XIII. eine umso größere Zahl von Stimmen zu sichern. In Bezug auf die Tatsache, dass Erzbischof Stadler als eifriger Anhänger Kardinal Rampollas³⁶ und gleichzeitig der "slawischen Nation" galt, meinte Folnegović, seine Einsetzung anstelle des gealterten Präfekten der Propaganda-Kongregation, des polnischen Kardinals Mieczysław Ledóchowski, würde die Wahl von Kardinal Rampolla zum neuen Papst fördern. Folnegović beendete seinen Brief an Ziviladlatus Kutschera mit der Bitte, seinen Plan zu unterstützen. Kutschera antwortete ihm, er habe sich an die falsche Adresse gewendet, da er nicht berufen sei, über solch wichtige Fragen zu entscheiden, obwohl er mit seinen Ansichten über Stadler im Ganzen einverstanden sei.³⁷

Folnegović erfuhr wahrscheinlich nie, wie kontraproduktiv seine Bemühungen um Stadlers Versetzung nach Rom wegen der Wahl Kardinal Rampollas zum neuen Papst waren. Kardinal Rampolla war nämlich der letzte Kardinal, den die österreichisch-ungarischen Behörden als neuen Papst zu sehen wünschten. Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Graf Friedrich Revertera Salandra hat noch im Jahre 1895 behauptet, dass die Verhältnisse zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich "böses gehen werden", falls der altersschwache Papst Leo XIII. die wichtigsten Entscheidungen weiterhin seinem Staatssekretär Kardinal Rampolla überlasse.³⁸ Im Jahre 1901 berichtete der neue österreichisch-ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Graf Nikolaus Szécsen in der Beschreibung seiner ersten Audienz bei Papst Leo XIII., dass der Kardinal-Staatssekretär trotz übertriebener Höflichkeit einen sehr unangenehmen Eindruck bei ihm hinterlassen habe. Die Berichte der österreichisch-ungarischen Diplomaten sprachen über Kardinal Rampolla als eine der Österreichisch-ungarischen Monarchie besonders missliebige Person, aber führten dabei keine Erklärungen an. F. Engel-Janósi analysierte die Gründe, warum Kardinal Rampolla den österreichisch-ungarischen Behörden unerwünscht war und stellte fest, dass Bischof Strossmayer und Erzbischof Stadler unter den wenigen Prälaten waren, die in Wien zwar nicht gern gesehen seien, deren Stimme aber sehr gerne im Vatikan gehört würde.³⁹ Für einen eben-

³⁶ In seinem Urteil über Stadlers Verhältnis zu Kardinal Rampolla behauptete Folnegović, Stadler sei "[...] als eifriger Anhänger Rampollas bekannt." Ebenda.

³⁷ ABH, PR, ad 254/1900.

³⁸ Friedrich Engel-Janósy, Österreich und der Vatikan 1846-1918, Erster Band: Die Pontifikate Pius' IX. und Leos XIII. (1846-1903), Graz-Wien-Köln 1958. Siehe Kapitel: "Im Kampfe gegen Rampolla", S. 295-323.

³⁹ Ebenda, S. 296.

so wichtigen, wenn auch nicht bedeutenderen Grund der Abneigung der Österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber Kardinal Rampolla halte ich Kardinal Rampollas Ablehnung des Dreierbunds, einer Staatenalliance, die die Österreichisch-ungarische Monarchie, Deutschland und Italien seit dem Jahre 1882 bildeten. Ihre Aversion gegenüber Kardinal Rampolla demonstrierten die österreichisch-ungarischen Behörden am offensten nach dem Tode Leos XIII. im Jahre 1903, als das Vetorecht gegenüber dem Papstkandidaten zum letzten Mal ausgeübt wurde. Der Nachfolger Leos XIII. entzog dem österreichischen Kaiser diese Ehre, die er als Souverän, dem das Heilige Römische Reich der Deutschen Nation als Erbe zuteil war, innehatte.⁴⁰

III. Stadlers Reise nach Rom 1910 zur Klärung der politischen Dimension der innerkirchlichen Konflikte in Bosnien und der Herzegowina und die Annäherung des Papstes Pius X. an Stadler

Angeregt durch die Erkenntnis, dass die Franziskaner zur Niederlage der HKU bei den Parlamentswahlen in Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1910 sowie zur Verringerung von Budgetmitteln für die erzbischöflichen Ausbildungsanstalten zu Gunsten ihrer eigenen Anstalten wesentlich beigetragen hatten,⁴¹ entschloss sich Erzbischof Stadler, nach Rom zu reisen, um zu versuchen, den Einfluss der Franziskaner im pastoralen Sinne zu neutralisieren, wodurch auch die Möglichkeit ihrer politischen Tätigkeit und dadurch die Schlagkraft der HNZ beträchtlich reduziert worden wäre. Am 9. Mai 1910 begab er sich zu dem vorgeschriebenen periodischen Besuch *ad limina apostolorum* nach Rom. Im Gespräch mit dem Staatssekretär Kardinal Merry del Val berührte er neben der damals aktuellen Frage der Regulierung von Kongrua auch die Gründe der Konflikte mit den Franziskanern. Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Vatikan, Graf Szécsen⁴² berichtete Außenminister Graf Aehrenthal über den Inhalt dieses Gesprächs, nachdem es ihm vom Kardinal-Staatssekretär mündlich mitgeteilt worden war. Stadler war im Gespräch mit Szécsen höchst zurückhaltend und erklärte lediglich, er sei wegen der vorgeschriebenen Visite beim Papst nach Rom gekommen, und vermied es, ihn über die wahren Gründe seines Besuches

⁴⁰ "Franz Joseph [...] übte das alte *ius exclusive* aus (zum letzten Mal übrigens: 1904 verbot Pius X. seine Anwendung bei Strafe der Exkommunikation) und legte sein Veto ein, um die Wahl von Kardinal Rampolla, dem Erzfeind des Dreiebunds, zum Papst zu verhindern." Siehe: F. Engel-Janósi, *L'Autriche au Conclave de 1903*; In: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire* 1951, S. 1119-1141; Peter Frei, Die Papstwahl des Jahres 1903 unter besonderer Berücksichtigung des österreichisch-ungarischen Vetos, *Geist und Werk der Zeiten* 49, 1977; Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VI/I., Wien 1989, S. 303.

⁴¹ Über die Verwicklung der Franziskaner in den Budgetstreit benachrichtigte der bürgerliche Vizehauptmann Freiherr Isidor Benko das gemeinsame Ministerium der Finanzen am 19. VIII. 1910. Siehe: ABH, GFM, Präs. BH, ad 1268/1910.

⁴² Nikolaus Szécsen von Temerin (1857-1926) war von 1901-1911 österreichisch-ungarischer Botschafter beim Vatikan, danach von 1911-1914 in Paris. Siehe: P. Vrankić, *Religion und Politik*, S. 515. 3.

aufzuklären. In dem Dokument, das Botschafter Szécsen nach Wien sandte, wird auf das Archiv "Erzbischof Stadler 1903" verwiesen.⁴³ Das erwähnte Dokument zeugt davon, dass die österreichisch-ungarischen Behörden schon 1903 an Stadlers Ablösung dachten und unter Anderem finanzielle Gründe dafür anführten.⁴⁴

Im Gespräch mit Staatssekretär Merry del Val brachte Erzbischof Stadler Anschuldigungen allgemeiner Natur gegen die Franziskaner, über den Mangel an Disziplin vor und tadelte sie besonders in politischem Sinne. In Bezug auf die jüngsten Ereignisse stellte Kardinal Merry del Val fest, dass es sich hierbei vor allem um einen Konflikt zwischen der HNZ und der seitens des Erzbischofs protegierten HKU handelte.⁴⁵ Da Erzbischof Stadler während des Gesprächs seine finanziellen Angelegenheiten nicht erwähnte, fragte ihn der Kardinal, wie sich diese in letzter Zeit befänden. Der Erzbischof antwortete, er hätte zwar Schulden, diese seien aber durch Immobilienbesitz gedeckt. Botschafter Szécsen sprach über Stadlers Besuch auch mit Papst Pius X. In seiner Wiedergabe dieses Gesprächs behauptete er, dass der Papst von den Anschuldigungen Stadlers gegen die Franziskaner mehr beeindruckt gewesen wäre als der Kardinal-Staatssekretär. Den Grund dafür vermutete er in der Tatsache, dass sich Pius X. als Patriarch von Venedig bei der Organisation der katholischen Wähler, besonders bei Gemeindewahlen, ziemlich erfolgreich engagiert hatte. Dabei beeinflusste er auch das breitere italienische Umland und trug dazu bei, dass sich zur Zeit seines Pontifikats die politische Führung der Katholiken in den Händen der Bischöfe befand. Der Aufstand der bosnisch-herzegowinischen Franziskaner gegen den Erzbischof und die Unterstützung der weltlichen politischen Führung waren dem Papst schwer verständlich, und er war eher geneigt, Stadler zu unterstützen, was Szécsen nicht entging: "Der Wunsch Mgr. Stadlers, die politische Leitung der Katholiken in Bosnien und der Herzegowina ganz in seine Hände zu bekommen, war dem Papste, der alles nach hiesigem Maßstäbe beurtheilt, sicher sympathisch."⁴⁶

In seinem Bemühen, beim Papst Verständnis für die Haltung der bosnisch-herzegowinischen Franziskaner zu wecken, behauptete Szécsen, die italienischen Bischöfe würden vor allem darüber entscheiden, ob die katholischen Wähler in den einzelnen Wahlbezirken zu den Urnen gehen sollten oder nicht, beziehungsweise steuerten sie sodann ihre Stimmabgabe. So suggerierte er dem Papst, dass Stadler durch sein politisches Engagement die Grenzen, an die man für die politische Tätigkeit der Bischöfe in Italien gewöhnt ist, überschritten habe. Andererseits machte er auf die Ausnahmesituation des Franziskanerordens in Bosnien und der Herzegowina aufmerksam. Nach seinem Vortrag zog er eine Folgerung, die nicht ohne Wirkung blieb: "[...]

⁴³ Siehe: N. Szécsen an A. Aehrenthal, Rom, 24. V. 1910, Haus-, Hof-, und Staatsarchiv, Wien (weilers: HHStA) 34705/6/1910.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ N. Szécsen an A. Aehrenthal, Rom, 24. V. 1910. HHStA 34705/6/1910.

⁴⁶ Ebenda.

und [ich] glaube, den Eindruck, den die Klagen Mgr. Stadler's vielleicht auf den Papst gemacht haben, ziemlich verwischt zu haben.⁴⁷ Szécsen machte weiters auf die Tatsache aufmerksam, dass die Oberen des Franziskanerordens in Rom den Eindruck bekommen hätten, dass man im Vatikan wegen des Einflusses des Jesuitenordens ihrem Orden gegenüber eher ungünstig eingestellt sei, und dass die Ankunft Erzbischof Stadlers in Rom sie sehr besorgt gemacht hatte. Sie befürchteten, dass der Papst eine Entscheidung zu Gunsten des Erzbischofs treffen könnte, ohne den Franziskanern Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Szécsen schloss seinen Bericht mit der Feststellung, dass Erzbischof Stadler, der einige Tage zuvor Rom verlassen hatte, keine unmittelbare Entscheidung zur Eliminierung der Franziskaner aus den Pfarreien konkret verlangt habe. Trotzdem versuchte er [Szécsen], den Papst und den Kardinal-Staatssekretär zu überzeugen, dass Stadlers Darstellung der Situation stark subjektiv gefärbt sei, und dass für eine korrekte Beurteilung auch die andere Seite gehört werden müsste.⁴⁸

Szécsens Brief beweist, dass die österreichisch-ungarischen Behörden sich 1910 in den Konflikt zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern einmischten, um die Annahme der Anträge Stadlers seitens des Heiligen Stuhls zu verhindern. Die Bemühungen Erzbischof Stadlers, vom Papst die Zustimmung zur Abberufung der Franziskaner aus den Pfarreien zu erhalten, stieß auf scharfen Widerstand der HNZ, der die Franziskaner, aufgrund ihres großen Einflusses im Volk, bei der Erreichung des Wahlsieges gegen Erzbischof Stadler besonders geholfen hatten. Als die Führer der HNZ begriffen hatten, dass die Verwirklichung von Stadlers Bemühungen den Einfluss der Franziskaner beträchtlich schmälern würde, wurden sie in Wien und Rom energisch aktiv, um dies zu verhindern. Der Präsident des Zentralaussschusses der HNZ, Nikola Mandić wandte sich gemeinsam mit zwei Mitgliedern dieses Ausschusses, Jozo Sunarić und Ivo Pilar, diesbezüglich am 16. Mai 1910 an den gemeinsamen Finanzminister Istvan Burián.⁴⁹ Sie warnten den Minister zuerst, dass Stadlers Reise *ad limina apostolorum* nur der Vorwand für eine Anklageerhebung gegen die Franziskaner zur Erreichung von scharfen Sanktionen gegen diese sei.⁵⁰ Danach ließen sie

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ I. Burián (Stempfen/Stupava bei Preßburg, 15. I. 1851 - Wien, 20. X. 1922) Freiherr, danach Graf. Von 1882-1886 Generalkonsul in Moskau, von 1887-1895 Gesandter in Sofia, von 1895-1903 in Athen. 1903-1912 gemeinsamer Minister der Finanzen, 1915-1916 gemeinsamer Außenminister, von Februar 1917 bis April 1918 wieder gemeinsamer Finanzminister. Seine Verhandlungen mit Italien vor dessen Kriegseintritt auf Seiten der Entente waren nicht erfolgreich. Gegen Ende 1916 schlug er vor, an die deutsche Regierung mit einem Friedensvorschlag heranzutreten, in welchem die Notwendigkeit der territorialen Vollständigkeit der Monarchie und der Stärkung ihrer Position an der Adria hervorgehoben werden sollte. Seine diplomatische Karriere beschrieb er im Werk *Erinnerungen* (1919). Siehe: *Meyers Lexikon*, Bd. XII, Leipzig 1925, S. 1123; *Hrvatska enciklopedija*, Bd. 1, Hg. Mate Ujević, Zagreb 1941, S. 535.

⁵⁰ "Es wurde offiziell verlautbart, es sei dies die gewöhnliche Fahrt *ad limina Scti. Petri*. Dies ist jedoch nicht, oder zumindest nicht ganz richtig. Erzbischof Stadler ist nach Rom

sich in eine ausführliche Erklärung über die Entstehung der Konflikte zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern ein. Zuerst brachten sie eine unkorrekte Behauptung vor, dass nämlich die Führung der bosnischen und herzegowinischen Kroaten bis zum Jahre 1907 ausschließlich in den Händen Erzbischof Stadlers und des Kapitels von Vrhbosna (Sarajevo) gelegen habe. Stadler habe von Anfang an versucht, die kulturelle und politische Organisation sowie die politische Tätigkeit der bosnischen und herzegowinischen Kroaten zu steuern, sei aber dabei nach der Affäre bei der Fahnenweihe des Sarajevoer Gesangsvereins Trebević 1900 von der weltlichen Intelligenz und den Franziskanern noch wirksam daran gehindert worden. Die Führung der HNZ behauptete, dass Erzbischof Stadler bis 1907 eine ausschließlich politische Führungsposition innehatte, und beschuldigte ihn, das katholische Element in Bosnien und der Herzegowina von 1904 bis 1907 an den Tiefpunkt seines sozialen und politischen Einflusses geführt zu haben. Weiters warf sie ihm vor, dass er durch die katholische Propaganda die Muslime in die Arme der Serben treibe, die nun, dermaßen gestärkt, begannen, sich als Herren des Landes zu fühlen und es wagten, sich auf eine Propaganda gegen die Monarchie einzulassen, die zur Annexionskrise führte.⁵¹ Tatsache ist aber, dass die Führung der HNZ, später auch Stadlers HKU, sich dem Programm der Kroatischen Rechtspartei aus dem Jahre 1894 anschloss, das die Richtlinie über die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit den kroatischen Ländern beinhaltete, was für die muslimischen Führer, die nach einer Erhaltung des autonomen Status Bosniens und der Herzegowina und sogar nach der Rückkehr in das Osmanische Reich strebten, völlig inakzeptabel war. Angeblich ließ Erzbischof Stadler zur Zeit der Annexionskrise die Führung der HNZ nur *„die Kastanien aus dem Feuer holen“*, beziehungsweise überließ er ihr in dieser kritischen Zeit die politische Führung. Die Tatsache, dass sich die Franziskaner *„als wahre Kenner des Landes“* den politischen Bestrebungen Erzbischof Stadlers widersetzen, führten Mandić, Pilar und Sunarić als Kronbeweis für ihre Behauptungen, dass Erzbischof Stadler Bosnien und die Herzegowina eigentlich nie richtig kennen gelernt hätte und sich als Fremder meistens an andere Fremde wandte – an die Einwanderer aus der Monarchie – und sich bei der religiösen Tätigkeit auf den nach Bosnien und die Herzegowina importierten Jesuitenorden stützte, an. Als sie festgestellt hätten, dass Stadlers Reise nach Rom ausschließlich vom Wunsch nach Rache an den Franziskanern geleitet war, warnten sie schlussendlich vor den schädlichen Folgen, die die Erreichung seines Ziels in der kroatischen Bevölkerung haben könnte, und baten den gemeinsamen Finanzminister, auf diplomatischen Wegen im Vatikan die Verwirklichung von Stadlers Bestrebungen zu verhindern.⁵²

gefahren, um gegen die bosnischen Franziskaner Klage zu führen und gegen dieselben beim Heiligen Stuhle strenge Maßregeln zu erwirken.“ Siehe: HHStA, 33966-6/1910.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Ebenda.

Nach der Anrufung des gemeinsamen Finanzministers Burián wandte sich die Führung der HNZ - unterstützt von vielen angesehenen Kroaten, Mitgliedern der HNZ und deren Anhängern - am 20. Mai 1910 auch an Papst Pius X. mit der Bitte, Stadlers Bestrebungen hinsichtlich der Franziskaner nicht zu erfüllen. Bei ihrer Anrufung des Papstes, wie auch in ihrer früheren Vorstellung bei dem gemeinsamen Finanzminister, ging sie sehr bedacht zu Werke und brachte zur Erreichung ihres Ziels in einem an den Papst gerichteten Brief über das Wesen des Konfliktes zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern gänzlich konträre Tatsachen als jene in dem Brief an Minister Burián vor.

In dem an Minister Burián gerichteten Schreiben wurde nämlich - wenn auch tendenziös - eine richtige Beurteilung dargelegt, dass der Grund des Konfliktes in der Bestrebung der Führung der HNZ nach einer Gründung der HNZ auf kroatisch-nationaler Basis ohne Miteinbeziehung des konfessionellen Moments zwecks Dazugewinnung der Muslime einerseits, und in der Bestrebung Erzbischof Stadlers nach Grundlegung der kroatischen Politik in Bosnien und der Herzegowina auf konfessionell-katholischer Basis andererseits, bestehe. Hierbei unterstützten die Franziskaner die interkonfessionelle Basis des Programms der HNZ und lehnten Stadlers konfessionelle Option als Grundlage der Organisation der bosnischen und herzegowinischen Kroaten ab.⁵³ Die Führung der HNZ war sich dessen bewusst, dass es nicht opportun wäre, dem Papst zu unterbreiten, dass die HNZ eine kroatisch- nationale interkonfessionelle Organisation sei, weil dieser - gerade wegen seiner langjährigen Tätigkeit als politischer Organisator der italienischen Katholiken - die politische Option der HNZ als religiös indifferent verstehen, sich Stadler zuwenden und ihn in seinen Bestrebungen zum politischen Zusammenschluss der bosnischen und herzegowinischen Kroaten nach katholischen Prinzipien unterstützen könnte. Deswegen nahm die Führung der HNZ ihre Zuflucht zu einer List und beschrieb die HNZ nicht nur als eine kroatische und nationale, sondern auch als eine auf katholischen Prinzipien gegründete Organisation, was der programmatischen Grundrichtlinie der HNZ über die interkonfessionelle Tätigkeit der Organisation widersprach, und war bestrebt, den Kern des Konfliktes, der aus der Verschiedenheit der Programme zweier Organisationen herrührte, auf die Inakzeptanz der Führungsambitionen Erzbischof Stadlers seitens der kroatischen katholischen Intelligenz und der Franziskaner zurückzuführen: "[...] wir Katholiken Bosniens und der Herzegowina gründeten eine Wirtschafts- und Kulturorganisation /mit dem Namen Kroatische Volksgemeinschaft/. Diese nationale, kroatische und katholische Organisation [*questa nazionale, croata e cattolica organizzazione*] wurde mit großer Begeisterung begrüßt, wie seitens Seiner Exzellenz Msgr. Stadler, so auch vom ganzen Kapitel von Vrhbosna und von zwei unserer geliebten Franziskaner-Bischöfe, jenen von Mostar, Msgr. Paškal Buconjić und jenen von Banja Luka, Msgr. Marijan Marković. Diese nationale Organisation verbreitete sich schnell nach allen

⁵³ Siehe: HHStA, 33966-6/1910.

Richtungen und in allen Gesellschaftsschichten der Kroaten, Katholiken aus Bosnien und der Herzegowina, und gewann in kurzer Zeit große Anerkennung und politische Bedeutung bei der österreichischen und der Landesregierung, besonders als die Annexion Bosniens und der Herzegowina verkündet wurde. Deswegen entstanden Neid, Antagonismus und höllische Rache gegen sie in der Person Erzbischof Stadlers und auch des Kapitels von Vrhbosna aus Sarajevo. Als sie gesehen hatten, wie sie den Boden unter den Füßen verlieren und ihnen in Kürze die politische Führung unseres Volkes aus der Hand gleiten wird, stürzten sie sich aus Rache auf die HNZ [...] sich aller erlaubten und unerlaubten Mittel bedienend, besonders unerhörter Verleumdungen”⁵⁴ Nach dieser vereinfachten und falschen Darstellung des Konfliktes zwischen der weltlichen Intelligenz und den Franziskanern einerseits und dem Bosnischen Ordinariat und der ordentlichen Hierarchie andererseits, folgt auch eine tendenziöse Darstellung des Konflikts Stadlers mit den Franziskanern und der Gründung der HKU, in welcher schon wieder danach getrachtet wird, alles auf Stadlers Rachsucht wegen der erlittenen politischen Niederlage zurückzuführen. Stadler wurde auch des Missbrauchs der Religion zu politischen Zwecken bezichtigt: “Sie beleidigten unsere gute Patres Franziskaner, die gemäß den Traditionen unserer Vorfahren, durch unseren Glauben und unsere Nationalität immer mit uns verbunden waren [...], über 450 Jahre [...] wie ein einziger Leib und eine einzige Seele. Die letzte Folge der Rache unseres Oberhirten war, dass er am 20. Feber 1910 allen Franziskanern des Bosnischen Erzbistums unter Strafe der kirchlichen Zensur untersagte, Mitglieder der HNZ zu sein. Gleichzeitig versuchten sie, eine neue Organisation rein politischen Charakters zu gründen und sich dabei unserer heiligen katholischen Religion für niedrigste politische Ziele zu bedienen [...]. Die Folgen dieser Kniffe des guten Hirten werden für unsere Heimat und unseren katholischen Glauben in diesen Gebieten äußerst verhängnisvoll sein [...]. Die Geschichte lehrt uns, dass unser heiliger katholischer Glaube die Achtung und Anerkennung immer dann ver-

⁵⁴ “[...] noi Croati Cattolici della Bosnia ed Herzegovina, abbiamo fondato una organizzazione economica e di cultura sotto il nome: “L’Unione nazionale Croata” (Hrvatska Narodna Zajednica). Questa nazionale, croata e cattolica [unterstrichen Z. G.] organizzazione con tutto l’entusiasmo fu salutata tanto dalla Sua Eccellenza il Monsignore l’arcivescovo Stadler quanto pure da tutto il capitolo Verhbosnese e dai nostri due amati Vescovi francescani quello di Mostar il Monsignore Pasquale Buconjić e quello di Banja Luka il Monsignore Mariano Marković. Essendosi questa nazionale organizzazione estesa rapidamente in tutte le parti e presso tutte le classi dei Croati Cattolici della Bosnia ed Herzegovina; la quale in poco tempo acquistò una grande stima ed importanza politica presso il governo austriaco e nazionale, specialmente quando fu promulgata l’annessione della Bosnia ed Herzegovina; per questo motivo nacque una zelotypia, un antagonismo e vendetta infernale contro di lei nella persona dell’arcivescovo Stadler come pure del Capitolo Verhbosnese di Sarajevo. Vedendo che il terreno gli scapava di sotto ai piedi e che fra poco tempo perderanno dalle mani la manduzione politica della nostra nazione, sorsero come vendicatori contro “L’Unione nazionale Croata” volendola essere morta, servendosi di tutti i mezzi permessi e non permessi, specialmente con infamie inaudite nel loro organo politico: “Il giornale croato – Hrvatski dnevnik”, nel quale gridano anch’ ora, muoia “L’Unione nazionale Croata.” Ebenda.

lor, wenn er Ränken und politischen Intrigen diene, und wir sind ganz sicher, dass sich diese historische Regel auch bei uns bewahrheiten wird.”⁵⁵ Gegenüber dem Papst behauptete die Führung der HNZ, dass sie nichts gegen die Tätigkeit dieser Organisation Stadlers hätte, doch nur, wenn selbige ihre Tätigkeit auf den religiösen und sozialen Bereich beschränke: “Wenn diese neue Organisation einen rein katholischen Charakter haben wird, ohne politische Einmischungen, besonders wenn sie nur als katholischer Verein firmierte und daneben nicht auch als kroatischer, und sich nur der katholischen und sozialen Bedürfnisse annähme, würde sie gewiss von uns allen mit Begeisterung angenommen. [...] Erzbischof Stadler aber [...] lehnt diesen unseren Vorschlag, der von großem Vorteil sowohl für den Glauben als auch für unser Volk wäre, ab. Er versucht, auf den Trümmern der HNZ seine neue Organisation mit dem Namen Kroatischer katholischer Verein zu errichten.”⁵⁶ Am Ende bat man den Papst, so schnell wie möglich einen “Inquisitor” (*un inquisitore*) zu entsenden. Die Bitte endet mit der Anmerkung, der Inquisitor, d. i. der Untersucher oder besondere Visitator (*visitatore speciale*) möge nicht ein Jesuit sein, wegen Stadlers Rückhalt bei den Jesuiten bei der institutionellen Organisierung des Erzbistums von Vrhbosna (Sarajevo) und überhaupt wegen seiner engen Beziehungen zum Jesuitenorden. Es wird besonders auf die Dringlichkeit der Entscheidung eines Untersuchers hingewiesen, damit sich Erzbischof Stadler der “Aussaat der Spaltung in der kroatischen und katholischen Nation Bosniens und der Herzegowina [unterstrichen von Z. G.] enthalte.”⁵⁷ Die Führung der HNZ verließ sich offensichtlich auf die Unwissenheit des Papstes bezüglich der

⁵⁵ “Insultarono i nostri buoni padri francescani i quali secondo le tradizioni dei Maggiori nostri sono stati con noi sempre uniti per la fede e nazionalità nostra per 450 anni come l’ossa e la carne, o per meglio dirsi: come un corpo solo ed una anima sola. La finale conseguenza di questa vendetta del nostro Arcipastore fu questa: che ai 20 del mese di febbraio dell’anno 1910 proibì a tutti i francescani dell’arcidiocesi Verhbosnese sotto le pene di censure della chiesa, d’essere membri dell’Unione nazionale Croata. Nello stesso tempo tentavano di fondare una nuova organizzazione sotto il nome “L’Unione Croato-Cattolica” (Hrvatska katolička udruga) d’un carattere meramente politico, servendosi della nostra Santa Religione cattolica per i più bassi fini politici, adoperando personaggi così bassi per le sue machinazioni politiche e rivoluzionarie, che la nostra popolazione cattolica comincia disperare e scandalizzarsi. Le conseguenze di queste manovre di buon pastore saranno fatalissime per la Patria e la Religione nostra cattolica in queste parti. [...] L’istoria ci doce, che la nostra S. Religione cattolica perdette sempre del rispetto e della stima quando servì come l’intrigo delle machinazioni politiche e siamo sicurissimi che questa regola istorica anche presso di noi sarà la stessa.” Ebenda.

⁵⁶ “Se questa nuova organizzazione avesse un carattere nettamente cattolico, senza la mescolanza politica, specialmente se portasse solamente il nome : “L’Unione Cattolica” e non assieme anche Croata e si occupasse dei bisogni puramente cattolici e sociali, sarebbe di certo da noi tutti con un entusiasmo abbracciata e nell’Unione nazionale Croata troverebbe un grandissimo appoggio [...]. Ma l’Arcivescovo Stadler prima ed ora rigetta questa nostra proposta che sarebbe utilissima e per la Fede e per la nazione nostra. Lui tenta e vuole sulle ruine dell’Unione nazionale Croata inalzare la sua nuova fondazione col nome “L’Unione Croato-Cattolica.” Ebenda.

⁵⁷ Ebenda.

Wesensart des Konfliktes mit Stadler, weil sie versuchte, die entscheidende Tatsache zu bemänteln, dass der Hauptgrund des Konfliktes das Beharren der HNZ auf der interkonfessionellen Grundlage der kroatischen Politik in Bosnien und der Herzegowina war.

IV. Die Ernennung Pierre Bastiens zum apostolischen Visitor für Bosnien und die Herzegowina. Höhepunkt der Kampagne gegen Erzbischof Stadler und deren Zusammenbruch (1910-1913)

Nach all den Verwicklungen, von denen Stadlers Mission nach Rom 1910 begleitet war, erreichte sie nur Teilresultate. Der Heilige Stuhl verwarf seine Vorwürfe gegen die Franziskaner nicht als unbegründet, lehnte es aber ab, gleich energische Schritte zu unternehmen, worauf der Erzbischof gehofft hatte. Um den Forderungen der österreichisch-ungarischen Diplomatie, der obersten Leitung des Franziskanerordens, der bosnischen und herzegowinischen Franziskaner sowie der kroatischen weltlichen Intelligenz nachzukommen, entschloss sich das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, einen apostolischen Visitor mit der Aufgabe, das Wesen des Konfliktes zu untersuchen, nach Bosnien und die Herzegowina zu entsenden. Im Dezember 1910 entschied man sich für den geeignet erscheinenden belgischen Benediktiner P. Bastien.⁵⁸ Aus dem Bericht, mit welchem der österreichisch-ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl, N. Szécsen den Minister der Äußeren Aehrenthal⁵⁹ über die Ernennung von Bastien informierte, ersieht man, dass Szécsen Bastien den österreichisch-ungarischen Standpunkt des Konfliktes zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern vermittelt hatte, und dass Bastien schon vor seiner Ankunft in Bosnien und der Herzegowina den Interpretationen der Franziskaner über die Gründe des Konfliktes eher zugeneigt war. Szécsen behauptete, dass Bastien zweifellos auch aufgrund seiner Ordenserfahrung Mitgefühl für die Verachtung habe, der die Franziskaner in Bosnien und die Herzegowina seitens des weltli-

⁵⁸ P. Bastien (1866-1940) 1890 zum Benediktiner geweiht, danach Ordensmann der Abtei Maredsous in Belgien. 1906-1910 und 1920-1939 Professor für kanonisches Recht am Benediktinerkolleg des Hl. Anselmus in Rom. Redakteur der *Acta Apostolicae Sedis*, in kirchlichen Kreisen Vertrauensmann der österreichisch-ungarischen Vatikan-Botschaft und des Staatssekretärs Raphael Merry del Val. Er war ein eifriger Anhänger der antimodernistischen theologischen Anschauungen des Papstes Pius X. Von September 1910 bis Oktober 1914 apostolischer Delegierter für Bosnien und die Herzegowina. Siehe: Friedrich Engel-Jánosi, Österreich und der Vatikan, Bd. II., Graz-Wien-Köln 1960, S. 119-121. Der Heilige Stuhl vertraute ihm auch später komplizierte Missionen an. Siehe: Paolo Blasina, Santa Sede e Regno dei Serbi, Croati e Sloveni. Dalla missione di don Pierre Bastien al riconoscimento formale (1918-1919), *Studi Storici*, Nr. 3, Roma 1994, S. 773-809.

⁵⁹ Aloys Lexa von Aehrenthal (Gross-Skal/Tschechien, 27. IX. 1854 - Wien, 17. II. 1912) Seine diplomatische Karriere begann er 1877 als Attaché der österreichisch-ungarischen Botschaft in Paris. Im Jahre 1878 wurde er nach Russland versetzt, wo er bis 1883 Attaché der Botschaft in St. Petersburg war, danach wieder von 1888-1895, als er zum Botschafter in Rumänien avancierte. Im Jahre 1899 wurde er zum Botschafter in St. Petersburg ernannt, am 22. Oktober 1906 zum Außenminister der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Siehe: *Encyclopaedia Britannica*, Bd. 1, Hg. Harry S. Ashmore, Chicago 1963, S. 195.

chen Klerus ausgesetzt waren.⁶⁰ Er riet ihm, sich während seiner Mission auf die Landesregierung in Sarajevo zu stützen und unterrichtete ihn über die schwere finanzielle Lage Erzbischof Stadlers, obwohl sich Bastien gemäß den Direktiven des Heiligen Stuhls zuallererst mit den Gründen des Konfliktes zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern beziehungsweise der politischen Spaltung zwischen der Kroatischen Volksgemeinschaft und dem Kroatischen katholischen Verein beschäftigen sollte.⁶¹ Szécsen bemühte sich offensichtlich, bei Bastien einen ungünstigen Eindruck von Erzbischof Stadler hervorzurufen.

Im nächsten Bericht an Aehrenthal vom Ende Jänner 1911 bestätigte er seine gute Meinung über Bastien und behauptete, dass Bastiens Absicht, sich an das gemeinsame Finanzministerium und die Landesregierung zu wenden, ein gutes Zeichen dafür sei, dass er die Lage in Bosnien und der Herzegowina richtig einschätze. Wichtiger aber war die zweite Nachricht, dass Papst Pius X. den Besuch zweier angesehenen Franziskaner erhalten habe, von denen der eine Pater Bendes, Beauftragter *Terrae Sanctae*, war, die zu Gunsten der bosnischen Franziskaner intervenierten. Während des Gesprächs meinte der Papst, dass die kürzlich geäußerten Wünsche Erzbischof Stadlers nach Entlassung der Franziskaner aus den Pfarreien angesichts der siebenhundertjährigen Tätigkeit der Franziskaner in Bosnien nicht leicht zu erfüllen seien.⁶² Der Papst versicherte den angesehenen Mitgliedern des Franziskanerordens, sie könnten beruhigt sein: der päpstliche Gesandte würde die Situation gründlich untersuchen und ihn über alles informieren. Bezüglich Erzbischofs Stadler erklärte er, dass dieser große Verdienste erworben hätte, in letzter Zeit aber wirke sich seine Tätigkeit nicht zu seinen Gunsten aus. Aus all dem schloss Szécsen, dass die bisherigen Berichte Bastiens nicht unvorteilhaft für die Franziskaner lauteten.⁶³

Die erwähnten Dokumente, die sich auf die Anfänge der Mission Bastiens beziehen, aber auch eine allgemeine Einsicht in die Haltung der Vertreter der katholischen Kirche im Konflikt zwischen Erzbischof Stadler und

⁶⁰ Siehe: N. Szécsen an A. Aehrenthal, Rom, 10. XII. 1910, HHStA, 7455-6/1910.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Erzbischof Stadler wiederholte im Oktober 1910 in Rom die Forderung zur Entfernung der Franziskaner aus den Pfarreien. Dazu wurde er durch die Reduktion der Budgetmittel für die erzbischöflichen Anstalten zugunsten der Ausbildungsanstalten der Franziskaner der bosnischen und herzegowinischen Provinz veranlasst, zu welcher es durch das Eintreten der Katholiken (ausschließlich der Abgeordneten der HNZ) im Budgetausschuss des Landtags von Bosnien und der Herzegowina gekommen war. Stadler hat – dies bezeugen die Archivquellen, Untersuchungsakten der Landesregierung – völlig zu Recht vermutet, dass sich die Führung der HNZ mit den Franziskaner-Provinzialen zwecks Unterstützung der HNZ seitens der Franziskaner bei den Wahlen verständigt hatte. Es handelte sich um 30.000 Kronen, die in der Budgetdebatte von den erzbischöflichen an die Franziskaneranstalten umgeleitet hätten werden sollen. Nach der Intervention der Behörden konnte dieser Plan nur teilweise verwirklicht werden. Siehe: Isidor Benko an das gemeinsame Finanzministerium, Sarajevo, 19. VIII. 1910, ABH, GFM, Präs. BH, ad. 1269/1910.

⁶³ HHStA, 74855-6/1910.

den Franziskanern vermitteln, lassen erkennen, dass sich die Situation für Erzbischof Stadler ungünstig zu entwickeln begann. Die Franziskaner genossen den mächtigen Schutz der Österreichisch-ungarischen Monarchie und der obersten Leitung ihres Ordens, und als apostolischer Sondergesandter wurde eine Person, die aus dem Ordensklerus stammte und sich von Anfang gegenüber den Konfliktbeteiligten als parteilich erwies, gewählt. Bastien berichtete der österreichisch-ungarischen Botschaft regelmäßig über die Resultate seiner Mission, wovon der Brief, den er im April 1911 an den österreichisch-ungarischen Botschaftsrat Msgr. Csizarik sandte, Zeugnis gibt.⁶⁴ Csizarik hat das erwähnte Schreiben sogleich dem Nachfolger des Grafen Szécsen an der Vatikan-Botschaft, Prinz Johann Schönburg Hartenstein, vorgelegt. In der Beschreibung der Durchführung seiner Mission behauptete Bastien, dass er bei seiner Ankunft in Bosnien das Land in voller Anarchie vorgefunden und zu zweifeln begonnen hätte, ob er die ihm anvertraute Mission auch erledigen könnte. Nachdem er sich sodann etwas umgehört hätte, sei es ihm gelungen, die Verhältnisse zu kalmieren und Einsicht in die Lage zu gewinnen. Dabei habe er sich überzeugt, dass man einen schweren Fehler machen würde, wenn man nicht auch Erzbischof Stadler einen großen Teil der Verantwortung für das Geschehene anlasten würde, da er niemandem folge, sondern sich nach seinen Instinkten richte und zuviel rede. Andererseits behauptete er, dass die Franziskaner doch recht unvernünftig gehandelt hätten, als sie sich, anstatt besonnen zu bleiben, in einen Konflikt mit Erzbischof Stadler eingelassen hätten, weil durch ihre Einmischung der politische Konflikt zwischen Erzbischof Stadler und der Führung der HNZ ein religiös-politisches Gepräge angenommen habe. Die Franziskaner begingen dabei viele Exzesse, die sie schuldig machten, besonders durch das Anheizen der negativen Stimmung gegen Erzbischof Stadler im Volk.⁶⁵ In seiner Beschreibung des Konflikts zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern zieht Bastien den vernünftigen Schluss, dass ein solcher Konflikt zwischen Katholiken nie hätte aufbrechen sollen, weil sie im Verhältnis zu den Orthodoxen und Muslimen eine Minderheit darstellen und sie dies noch weiter schwächt.⁶⁶

Bezüglich einer möglichen Versöhnung zwischen dem Erzbischof und den Franziskanern stellte Bastien fest, dass er nur mit Mühe die Zustimmung der Franziskaner dazu erlangt hätte, und dass ihm Erzbischof Stadler ohne Angabe von Gründen erklärt habe, dies sei unmöglich. Wahrscheinlich verlangte Erzbischof Stadler eine gründliche Erörterung der umstritte-

⁶⁴ Siehe: Beilage zum Bericht d. dto. Rom 27/IV 911, N. 1453. Das Schreiben Pater Bastiens. HHStA, 8197-6/1911.

⁶⁵ "Wenn die guten Franziskaner Patres klüger gewesen wären und sich weniger in diesen Kampf gemischt hätten, wäre die Sache viel leichter. Aber diese guten Patres haben Exzesse begangen, die sie und andere jetzt beklagen. Es ist zu spät, daran hätte man früher denken sollen. Dies umsomehr, als sie die Bevölkerung gegen den Erzbischof aufgereizt." Beilage zum Bericht d. dto. Rom 27/IV 911, N. 1453. Das Schreiben Pater Bastiens. HHStA, 8197-6/1911.

⁶⁶ "Es war wahrlich nicht notwendig, dass dies geschehe, bilden doch die Katholiken die Minorität zwischen den anderen Confessionen." Ebenda.

nen Fragen, während die Franziskaner einige Kompromisslösungen vorschlugen. Bastien aber schob die Verantwortung für das Misslingen der Unnachgiebigkeit Stadler zu. Er meinte, dass eine Geste seitens Stadlers eine Versöhnung ermöglichen würde; dabei hatte er aber nicht nur die Schwere des Konfliktes, sondern auch die reale Bereitschaft der Franziskaner zu einer Versöhnung unterschätzt. Die radikale Lösung – der Vorschlag an den Papst, Erzbischof Stadler abzulösen – die ihm aus Stadler-feindlichen Kreisen suggeriert wurde, hat er wegen deren negativen Folgen vermieden. Er lehnte diese Lösung nicht aus Rücksicht auf Erzbischof Stadler ab, sondern wegen der Aufrechterhaltung der kirchlichen Autorität, die durch Stadlers Absetzung dauerhaft beschädigt worden wäre. Stadlers Feinde würden triumphieren, und sollten wieder einmal Schwierigkeiten mit dem neuen Erzbischof auftreten, würde sich das "Spiel" wiederholen. Man hätte einen Präzedenzfall geschaffen, auf den sich die Franziskaner in einem Konflikt mit den zukünftigen Erzbischöfen berufen würden. Die Minderung der erzbischöflichen Autorität würde gleichzeitig die in seiner Person vertretene kirchliche Autorität herabsetzen, so dass dadurch gar der Sinn der Einführung der ordentlichen Hierarchie im Jahre 1881 in Frage gestellt werden könnte. Bastien schlug deswegen andere Mittel zur Herstellung der kirchlichen Einheit, ohne Störung des Prinzips der erzbischöflichen Autorität, vor. Er behauptete, dass die Schulden Erzbischof Stadler fast 2 ½ Millionen Kronen betrügen, Verhandlungen mit den Banken im Gange seien, deren Erfolg aber ungewiss wäre. Die Notwendigkeit, Erzbischof Stadler von seinen Schulden zu befreien, bestand auch deswegen, weil unter dieser enormen Last niemand zum Nachfolger Stadlers werden würde.⁶⁷

Bastien's Rolle beim Zustandekommen der Fusion von HNZ und HKU bezeugt, dass sein Wirken in Bosnien und der Herzegowina zu Beginn zwar auf die Herbeiführung einer Versöhnung zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern begrenzt war, sukzessiv jedoch auch politische Dimensionen annahm. Bastien setzte sich am Anfang für den Verbleib Erzbischof Stadlers in Sarajevo ein, aus Gründen des Schutzes der kirchlichen Autorität bzw. des Ansehens der ordentlichen kirchlichen Hierarchie. Während des Jahres 1912 änderte er aber seinen Standpunkt und begann die österreichisch-ungarischen Behörden in ihren erneuten Bestrebungen zur Eliminierung Erzbischof Stadlers zu unterstützen. Ein Zeugnis dafür finden wir in dem Brief, den der Landeschef Bosniens und der Herzegowina, General Oskar Potiorek⁶⁸ am 10. August 1912 an den gemeinsamen Minister

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ O. Potiorek (1853-1933), 1892 Generalstabsoberst, 1908 Feldzeugmeister, 1910 Armeeeinspektor, und 1911 Landeschef Bosniens und der Herzegowina. Anfang 1914 verübte der Major der serbischen Armee und Führer der Terrororganisation Crna ruka, Dragutin Dimitrijević-Apis ein erfolgloses Attentat auf Potiorek. Jedoch gelang das Attentat auf Kronprinz Erzherzog Franz Ferdinand, der auf Einladung Potioreks als Inspekteur der österreichisch-ungarischen Armee zur Manöverbeaufsichtigung nach Bosnien kam, und auf seine Frau Herzogin Sophie von Hohenburg in Sarajevo am 28. VI. 1914. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs kommandierte Potiorek die V. und VI. Armee an der Balkanfront. Im Dezember

der Finanzen, I. Burián richtete. Potiorek benachrichtigte zuerst Burián, dass ihn der apostolische Delegat Bastien besucht habe, der in der Vorwoche in Wien eine streng vertrauliche Unterredung mit dem Nuntius gehabt hatte. Bastiens Erklärung beurteilte er als Andeutung von Stadlers Entfernung aus Bosnien seitens des Heiligen Stuhls: "Monsignore Bastien arbeitet, augenscheinlich im Auftrage des Heiligen Stuhles, immer offenkundiger an der Beseitigung oder wenigstens Lahmlegung des Erzbischofs Stadler. Er entwickelte mir die Notwendigkeit, in dieser Richtung bald etwas zu tun, da das Erzbistum Sarajevo sonst finanziell unrettbar verloren sei, weil Stadler aus den Schulden nicht herauskomme, sondern immer tiefer in solche hineingerate. [...] Bastien erklärte, dass solche Zustände unhaltbar wären und dass der heilige Vater Stadler's Demission herbeiführen oder dass man letzterem wenigstens einen Coadjutor cum jure successionis geben müsse, in dessen Händen dann die ganze Verwaltung der Diözese läge."⁶⁹ Bastien unterbreitete Potiorek auch die Vorschläge der "führenden kirchlichen Kreise" über den möglichen Nachfolger Stadlers. An erster Stelle stand da der Bischof von Dubrovnik/Ragusa, Josip Grgur Marčelić⁷⁰, man zweifelte aber an seiner Bereitschaft, seine Diözese zu verlassen. Bastien schlug auch seine Kandidaten vor: "Bastien sucht demnach weiter und hat mir unter Anderen den Professor am römisch-katholischen Zentralseminar in Zadar, Tabulov-Truta Nikolaus als denjenigen bezeichnet, über den er bis jetzt die relativ besten Informationen erhalten hat. Der genannte dalmatinische Priester, auf welchen mich seinerzeit auch der k. k. Unterrichtsminister aufmerksam gemacht hat, soll 40 Jahre alt, hochgebildet, in jeder Beziehung musterhaft und jeder Politik abhold sein."⁷¹

Die Tatsache, dass die apolitische Gesinnung von Stadlers möglichem Nachfolger Nikola Tabulov-Truta⁷² als Tugend hervorgehoben wird, beweist

1914 wurde er nach den Niederlagen bei Jadar, Drina und Kolubara zum Rückzug gezwungen. Im Jänner 1915 seines Amtes enthoben. Siehe: *Meyers Lexikon*, Bd. 9, Leipzig 1928, S. 1185.

⁶⁹ Siehe: O. Potiorek an I. Burián, Sarajevo 10. VIII. 1912, ABH, PR, 768/1912.

⁷⁰ J. G. Marčelić (Preko/ Insel Ugljan, 23. III. 1847 - Dubrovnik, 31. VIII. 1928). Seine Theologiedissertation verteidigte er an der Universität Wien. Der Erzbischof von Zadar, Petar Dujam Maupas ernannte ihn 1873 zum Professor des Neuen Testaments am Zentraltheologieseminar, danach zum Rektor des Seminars. Papst Leo XIII. machte ihn 1894 zum Bischof von Dubrovnik. Marčelić zeichnete sich im Kampf für die Glagolica und als Autor theologischer Studien aus. Im Jahre 1901 gründete er *List dubrovačke biskupije* [Blatt des Bistums Dubrovnik], und 1920 die Ordensgemeinschaft der Töchter der Barmherzigkeit. Siehe: Znanstveni kolokvij Dr. Josip Marčelić biskup dubrovački 1894.-1928. (Dubrovnik, 1994), neobjavljeni rukopis u Arhivu Družbe Kćeri milosrđa u Zagrebu.

⁷¹ O. Potiorek an I. Burián, Sarajevo 10. VIII. 1912., ABH, PR, 768/1912.

⁷² N. Tabulov-Truta (Zlarin, 1872 - Šibenik (?) 1931). Im Jahre 1904 zum Professor der Pastoraltheologie am Zentraltheologieseminar in Zadar ernannt. Dieses Amt übte er bis zum akad. Jahr 1921/1922 aus, als diese Anstalt geschlossen wurde (durch den Vertrag von Rapallo vom 12. XI. 1920 geriet Zadar unter italienische Herrschaft). Im selben Seminar war er auch Geistlicher, von 1915-1923 Rektor. 1923 Verwalter des Bischöflichen Schülerseminars

klar, dass Stadlers schwierige finanzielle Situation nicht der einzige Grund für Bastiens Haltung gegenüber Stadlers Eliminierung war, umso mehr, als Potiorek davon überzeugt war, dass Bastien im Auftrag des Heiligen Stuhls handle.

Offensichtlich ist, dass sich die österreichisch-ungarische Botschaft beim Heiligen Stuhl für Stadlers Abberufung aus Sarajevo einsetzte, weil den österreichisch-ungarischen Behörden Stadler politisch nicht genehm war. Auf die politischen Gründe der Forderung nach Stadlers Entfernung weist die Fortsetzung des Gesprächs zwischen Bastien und Potiorek hin, die dem *Hrvatski dnevnik*, dem politischen Tagblatt Erzbischof Stadlers, das den Standpunkt Franks vertrat, galt.⁷³ Potiorek warnte Bastien, dass der *Hrvatski dnevnik* der Regierung große Ungelegenheiten bereiten könne, worauf Bastien erwiderte, dass dieses erzbischöfliche Tageblatt viel koste und größtenteils durch österreichische und ungarische Gelder subventioniert werde. Auch machte er Potiorek mit der Tatsache bekannt, dass der Heilige Stuhl schon an ein Verbot des *Hrvatski dnevnik* gedacht, dies aber unterlassen habe, um die Kroaten nicht zu beunruhigen.⁷⁴

in Šibenik, das am 20. September desselben Jahres eröffnet wurde. Siehe: Status personalis et localis Archidioecesis Jaderitinae, godina 1913, S. 34, 139; Status personalis et localis Dioecesis Sibenicensis et Administraturae Apostolicae partis jugoslavicae Archidioecesis Jadrensis, godina 1928, S. 16; *Dijecezanski list za Šibensku biskupiju i za jugoslavenski dio Zadarske nadbiskupije*, Nr. 3-4 (1931), S. 31-33.

⁷³ Als er sich überzeugt hatte, dass er in Bosnien und der Herzegowina keine Bundesgenossen für seine politische Option finden konnte, verband sich Stadler mit der Frank'schen Reinen Rechtspartei in Kroatien und dem großösterreichischen Kreis in Wien, der sich 1905 um Kronprinz Erzherzog Franz Ferdinand gebildet hatte. Stadlers Option war die der Kroatischen Rechtspartei und Josip Franks, sie sah also die Verbindung der kroatischen Länder - zu welchen auch Bosnien und die Herzegowina zählten - nach dem kroatischen Staatsrecht ausschließlich im Rahmen einer trialistisch umgebildeten Monarchie. Stadler bekennt sich als Angehöriger der Rechtspartei in Bosnien und der Herzegowina in einem Brief an eine nichtgenannte Person aus hohen österreichisch-ungarischen politischen Kreisen, mit welchem er den Überbringer des Schreibens seinem politischen Gesinnungsgenossen Josip Vancaš empfahl, und setzte sich für den Anschluss Bosniens und der Herzegowina an Kroatien ein, um die Muslime für das kroatische politische Programm zu gewinnen: "Er [Vancaš, Anm. Z. G.] gehört zur sogenannten croatischen Rechtspartei, der auch ich gehöre [unterstrichen von Z. G.]. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Rechtspartei in Bosnien und der Herzegowina die verbreiteste ist." Sarajevo, 21. III. 1915, ABH, PR, 6647/1915. Dieser Brief, mit welchem Stadler ganz eindeutig seine politische Orientierung und sein Bekenntnis zur Rechtspartei offenbart, steht im Widerspruch zu den neuesten Versuchen, ihn unter Hintanlassung der historischen Grundquellen als einen kirchlichen Würdenträger nach dem Maß des II. Vatikanums darzustellen, der sich ausschließlich den religiösen Interessen der kroatischen Katholiken widmete. Siehe: Agneza Szabo, *Nije politička djelatnost, već suradnja s političkim vlastima i drugim javnim ustanovama. Prikaz knjige: Zoran Grijak, Politička djelatnost vrhbosanskog nadbiskupa Josipa Stadlera*, Zagreb, 2001. [Das ist keine politische Tätigkeit, sondern Zusammenarbeit mit den politischen Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Buchbesprechung: Zoran Grijak, *Politička djelatnost vrhbosanskog nadbiskupa Josipa Stadlera*, Zagreb, 2001.], *Tkalčić, Godišnjak Društva za povjesnicu Zagrebačke nadbiskupije*, Nr. 6, Zagreb 2002, S. 557-561.

⁷⁴ O. Potiorek an I. Burián, Sarajevo, 10. VIII. 1912, ABH, PR, 768/1912.

Die Bemühungen der österreichisch-ungarischen Behörden um Versetzung Erzbischof Stadlers aus Sarajevo wurden zur Zeit Leon Bilinskis⁷⁵, Nachfolger Buriáns auf dem Posten des gemeinsamen Ministers der Finanzen, intensiviert. In einem im Oktober 1913 an Potiorek gerichteten Brief führt Bilinski als Grund für Stadlers Absetzung die Nichtbeherrschung seiner finanziellen Lage an.⁷⁶ Danach bemerkt er, dass der apostolische Delegat Bastien einen Bericht verfasst habe, der beim Staatssekretariat einen negativen Eindruck von Stadler hervorrufen und so die Durchführung des Plans der österreichisch-ungarischen Behörden erleichtern wird.⁷⁷ Potioreks Antwort an Bilinski entnehmen wir, dass Bastien in Rom alle notwendigen Schritte zu Stadlers Entfernung aus Sarajevo unternommen hatte und man nur auf den offiziellen Antrag des österreichisch-ungarischen Botschafters Johann Schönburg-Hartenstein an das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls auf Stadlers Ablösung wartete. Aus diesem Bericht geht auch hervor, dass Stadler sich seiner schwierigen Lage durchaus bewusst war und sich am 22. Oktober 1913 auf eine Reise nach Rom zum Zweck eines Gesprächs mit dem Papst vorbereitete.⁷⁸

Unmittelbar vor Stadlers Abreise richtete Bastien ein umfangreiches Schreiben an Potiorek, in welchem er sich dem Vorschlag zur Ernennung des Bischofs von Mostar, Alojzije Mišić zum Nachfolger Stadlers widersetzte. Er betonte, dass Mišić als Provinzial von Bosna Srebrena es verabsäumt habe, sich im Konflikt zwischen Erzbischof Stadler und den Franziskanern 1909-1911 genügend zu engagieren, und ihm deswegen vom weltlichen Klerus des Erzbistums von Vrhbosna (Sarajevo) ein schlechtes Zeugnis ausgestellt wurde.

Unter diesen Umständen war Bastien nicht gewillt, Mišićs Wahl zu unterstützen, obwohl er ihm ansonsten wohlgesinnt war. Er behauptete, der Bischof und sein Bistum müssten einig sein und zusammenarbeiten, so dass die Wahl eines Franziskaners zum Nachfolger Stadlers die ohnehin schon schwierige Situation des weltlichen Klerus nur verschlimmern würde. Der weltliche Klerus würde dadurch ins Hintertreffen geraten und absinken.⁷⁹

⁷⁵ L. Bilinski (Zaleszczyki in Galizien 15. VI. 1846 - Wien, 14. VI. 1923) Im Jahre 1871 außerordentlicher, 1874-1892 ordentlicher Professor für Nationalökonomie an der Universität Lemberg, 1878/1879 Rektor der Universität. 1883-1918 Abgeordneter im österreichischen Parlament. Gleichzeitig Mitglied des Herrenhauses und des Polnischen Klubs im Reichsrat. Von 1892-1895 Präsident der Generaldirektion der österreichischen Eisenbahnen. In den Ministerien Badeni (1895-1897) und Bienenrath (1900-1911) österreichischer, und 1912-1915 gemeinsamer Finanzminister. In der Zwischenzeit Gouverneur der Österreichisch-ungarischen Bank (1900). Während des Ersten Weltkriegs setzte er sich als Führer des Polnischen Klubs für einen österreichisch-ungarisch-polnischen Trialismus ein. In der Republik Polen war er 1919 Finanzminister. Siehe: *Hrvatska enciklopedija*, Bd. 2, Hg. Mate Ujević, Zagreb 1941, S. 542.

⁷⁶ L. Bilinski an O. Potiorek, Wien, 17. X. 1913, ABH, PR, 1158/1913.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ O. Potiorek an L. Bilinski, Sarajevo, 29. X. 1913, ABH, PR, 1487/1913.

⁷⁹ "Dans le conflit de 1909-1911 Mgr. Mišić, alors provincial; il ne montra pas toujours l'énergie et la décision nécessaires pour arrêter certains écarts assez graves de ses subordonnés. J'ai du même en mars 1911 lui parler assez énergiquement. Par là même Mgr. Mišić est

Bastien warnte Potiorek, er habe vor einigen Tagen zufällig einen der angesehensten Politiker der HNZ getroffen und im Laufe des Gesprächs den Eindruck gewonnen, dass die Befürworter von Mišićs Kandidatur nur ein Ziel vor sich hätten, nämlich mit Hilfe der Franziskaner so zu agieren, wie es ihnen passe. Diesbezüglich stellte er fest, wenn es etwas gäbe, wobei die Politik ganz ausgeschaltet sein sollte, dann sei dies die Ernennung eines Bischofs, andernfalls könnten die katholischen Interessen schwer leiden.⁸⁰ Bastien konstatierte weiters, dass die Franziskaner mit allen Kräften die HNZ, die den kroatischen Interessen den Vorrang vor den katholischen gibt, unterstützten. Als Beweis führte er den Fall der Kandidatur von Nikola Precca an.⁸¹ Die Zusammenarbeit der Franziskaner mit der HNZ beruhe auf ihrer Intention, den Einfluss des weltlichen Klerus völlig zu eliminieren. Die Wahl von Mišić beurteilte Bastien auch angesichts des Widerstands der Jesuiten, die die Diözesanseminare verwalteten, als inakzeptabel; diese klagten über Mišić, als er noch Provinzial gewesen war, und seien bereit, ihre Beschwerden bis vor den Heiligen Stuhl zu bringen. Dabei schob er den Franziskanern große Schuld zu, weil sie andere Priester und Ordensmänner nicht duldeten. Am Ende erwog er auch die Wahl von Fra Leo Petrović⁸² zum Bischof von Mostar, sollte Mišić den Bischofsstuhl in Sarajevo besteigen. Doch schien ihm dies schwer durchführbar, da Petrović zu jung und unerfahren war, erst seit 5 bis 6 Jahren Priester, 30 Jahre alt. Er gab zu beden-

mal vu du clergé séculier de l'archidiocèse de Sarajevo, qui parle de lui en termes peu favorables. Je ne suis pas sans appréhension, si dans de telles conjonctures Mgr. Mišić devait prendre la succession de Mgr. Stadler. Je dis "dans de telles conjonctures", car autrement je n'aurais aucune difficulté d'appuyer la candidature de Mgr. Mišić. Il est absolument nécessaire que L'Evêque et son clergé marchent d'accord et travaillent de concert. La situation déjà difficile s'aggraverait par le fait que le clergé séculier, sans aucune faute de sa part, sera relégué au second plan." ABH, Zu PR Nr. 1487/1913. Transkribiert von Zoran Grijak. Kollationiert durch Dr. Sabine Florence Fabijanec.

⁸⁰ "S'il est une chose où la politique doit être absolument exclue, c'est la nomination d'un Evêque; sinon les intérêts catholiques auront plus tard gravement à souffrir." Ebenda.

⁸¹ N. Precca war Kandidat bei den Sarajevoer Gemeindevahlen für die dritte Landtagskurie 1912. Die Weltpriester Ante Kalikst Tadin und Karlo Cankar, Redakteure des *Hrvatski dnevnik*, verhinderten durch ihre Agitation und Gegenkandidatur seine Wahl. Dieser Fall war bedeutsam, weil er den erneuten Ausbruch des Konfliktes zwischen Stadlers Kreis und der HNZ nach dem eben erst erreichten Kompromiss von 1912 bezeichnet. Gegen Precca trat Cankar an. Siehe: Zoran Grijak, *Politička djelatnost*, S. 523-524. Aus Bastiens Brief an Potiorek geht hervor, dass die Franziskaner Precca unterstützten und sich so, laut Bastien, wieder unangemessen politisch engagierten. ABH, Zu PR Nr. 1487/1913.

⁸² Leo-Grgo Petrović (Klobuk, 28. II. 1883 - 1945) Besuch des Gymnasiums in Široki Brijeg, Priesterseminar in Mostar und Freiburg (Schweiz) 1904-1907. 1900 Eintritt in den Franziskanerorden in Humac. 1905 zum Priester in Freiburg geweiht. Von 1907-1917 Theologieprofessor in Mostar, 1917-1919 Pfarrer in Klobuk, 1919-1925 Guardian und Pfarrer in Mostar, 1925/1926 Professor des Priesterseminars in Mostar, von 1926-1934 Protokollist des Bischöflichen Ordinariats in Mostar, 1934-1942 Generalvikar der Bistümer von Mostar-Duvno und Mrkanj-Trebinje, 1943-1945 Provinzial der herzegowinischen Franziskaner. Am 14. II. 1945 wurde er aus dem Kloster in Mostar verschleppt, zum Tode verurteilt, erschossen und in die Neretva geworfen. Siehe: Andrija Nikić, *Hercegovački franjevački mučenici 1524.-1945.*, Mostar 1992.

ken, dass der Heilige Stuhl sehr selten so junge Kandidaten ernenne, ausgenommen die Söhne ungarischer Magnaten, und dies nur unter ganz außerordentlichen Umständen und bei hervorragenden Qualitäten.⁸³

Die österreichisch-ungarischen Behörden und der apostolische Delegat Bastien erwarteten, dass Erzbischof Stadler die Nachricht, dass man seine Demission erwarte, geheim halten werde. Doch Stadler, im Bewusstsein der hinterhältigen politischen Ereignisse, die ihn dahin gebracht hatten, für seinen Verbleib auf dem Erzbischofsstuhl kämpfen zu müssen, hatte den weltlichen Klerus des Erzbistums von Vrhbosna (Sarajevo) umfassend informiert. Diese Nachricht versetzte die weltliche Priesterschaft in große Aufregung. Auf der anderen Seite trachteten die Franziskaner die Situation auszunützen und bei den österreichisch-ungarischen Behörden mit dem Franziskanerkandidaten als Erzbischof durchzudringen. Der Bischof von Mostar, Mišić wandte sich an Bastien mit dem Vorschlag, Fra Jozo Garić, den Nachfolger von Fra Marijan Marković im Bistum Banja Luka, zum Erzbischof von Vrhbosna (Sarajevo), und einen Weltpriester zum apostolischen Administrator des Bistums Banja Luka zu ernennen.⁸⁴

Die Nachricht, dass die österreichisch-ungarischen Behörden beabsichtigten, Stadlers Demission zu verlangen, verbreitete sich rasch in angesehenen kirchlichen Kreisen der Monarchie, in denen Stadler gute Bekannte hatte. Von ihnen ging eine Initiative zur Verhinderung dieses Schrittes oder wenigstens zur Milderung seiner Folgen aus. So wandte sich der Provinzial der Österreichischen Provinz der Gesellschaft Jesu, Pater Wimmer im Oktober 1913 an den österreichischen Ministerpräsidenten, Graf Karl Stürgkh und teilte ihm mit, dass die Regierung danach trachte, Stadler, der sich in Rom *ad limina apostolorum* befinde, zum Rücktritt zu bewegen. Pater Wimmer setzte sich dabei nicht so sehr für Stadlers Verbleib auf seinem Posten ein, sondern vielmehr dafür, dass man einen Weltpriester zu seinem Nachfolger ernenne, weil ein Franziskaner als Erzbischof von Vrhbosna (Sarajevo) eine Bedrohung der Jesuitentätigkeit in Bosnien und der Herzegowina darstellen würde. Karl Stürgkh beabsichtigte nicht, persönlich zu intervenieren, informierte aber am 30. September 1913 eine nicht genannte Person, wahrscheinlich den gemeinsamen Finanzminister Bilinski, über das Gespräch mit Wimmer, mit dem Hinweis, dass Wimmers Intervention in Rom bestimmt nicht ohne Echo bleibe. Am Ende gab er seine persönliche Meinung wieder, dass Stadlers Absetzung eine Bewegung in den antiserbisch, Frank-orientierten Kreisen, und vielleicht bei den slowenischen Christlichsozialen, die sich im Reichsrat zu Gunsten von Stadler erklären werden, hervorrufen werde. Besonders macht er auf das Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Parlaments, Hofrat Vuković, aufmerksam, Mitglied der Rechtspartei, der Stadler für einen Vertreter der österreichischen politischen Überzeugungen hält, sowie auf die ihm nahe stehende "südslawische" Gruppe um Šušteršič, die in Stadlers Beseitigung eine offensichtliche

⁸³ ABH, Zu PR Nr. 1487/1913.

⁸⁴ O. Potiorek an L. Bilinski, Sarajevo, 29. X. 1913, ABH, PR, 1487/1913.

Konzession der Regierung an die serbische und antiösterreichische politische Orientierung erblickt.⁸⁵ Die Tatsache, dass die Wiener katholischen Kreise die Pläne für Stadlers Beseitigung als Konzession der antiösterreichischen politischen Orientierung verstanden hatten, deckt auf, dass zuallererst die ungarischen politischen Kreise daran arbeiteten, die in Stadlers Trialismus ein Hindernis für ihren Plan einer unmittelbaren Verbindung Bosniens und der Herzegowina als *corpus separatum* mit Ungarn sahen.

Die Landesregierung in Sarajevo verfügte über zweifelsfreie Zeugnisse darüber, dass die Behauptungen über Stadlers aussichtslose finanzielle Lage falsch waren. Die Verheimlichung dieser Daten gegenüber Bastien bekräftigt die These, dass die österreichisch-ungarischen Behörden Stadler aus politischen Gründen aus Bosnien ertarnen wollten. Die Finanzberichte beweisen, dass die einzeln angeführten und geschätzten Immobilien des Ordinariats von Vrhbosna (Sarajevo) alle Schulden deckten. In dem von der Privilegierten Landesbank am 30. Oktober 1913 an die Landesregierung gerichteten Bericht wurden die Immobilien des Ordinariats von Vrhbosna (Sarajevo) auf 6.080.000 Kronen geschätzt, und dieselbe Bank räumte ihm einen Kredit von 2.700.000 Kronen ein. Der Vorstand der Privilegierten Landesbank stellte fest, dass der Immobilienwert die Schulden mehr als zur Hälfte deckte und kein Anlass zur Besorgnis bestehe.⁸⁶ Mit den immer deutlicher zutage tretenden Bestrebungen der Landesregierung konfrontiert, ihn aus Bosnien und der Herzegowina zu entfernen, begab sich Erzbischof Stadler in Begleitung von Bischof Šarić am 22. Oktober 1913 zu einem Gespräch mit Kaiser Franz Joseph I. nach Wien. Bischof Šarić besuchte den gemeinsamen Finanzminister Bilinski vor Stadlers Audienz beim Kaiser und überbrachte ihm die Bitte des gesamten Weltklerus des Erzbistums Vrhbosna (Sarajevo), von Stadlers Versetzung aus Sarajevo Abstand zu nehmen. Er kündigte eine gemeinsame Romreise mit Stadler und dem bosnischen Kanonikus Marko Alaupović an, um beim Papst wegen Stadlers Verbleib auf seinem Posten vorstellig zu werden.⁸⁷ Sein Gespräch mit Bilinski beschrieb Šarić in einem am 25. Oktober 1913 von Wien aus gerichteten Brief an eine unbekannte, aber ihm zweifellos sehr nahe stehende Person, an die er sich als *carissime* wendet.⁸⁸ Wahrscheinlich handelt sich um einen bosnischen Kanoniker. Minister Bilinski empfing Bischof Šarić am 24. Oktober 1913 um 18.15 Uhr in Begleitung des Kanonikus Alaupović. Schon zu Beginn des rund halbstündigen Gesprächs schloss Šarić, dass die Demission des Erzbischofs in Wien schon ernsthaft erwogen würde, und begann, sich für Stadler einzusetzen. Bilinski äußerte, er habe noch keine offiziellen Schritte gegen Erzbischof Stadler unternommen. Diese Aussage war nur teilweise korrekt, weil in der

⁸⁵ ABH, PR, 1487/1913.

⁸⁶ ABH, Zu PR, 1487/1913.

⁸⁷ Siehe: ABH, PR, Nr. 1205/1913; Außerdem: Kriegsarchiv, Wien, Nachlass Kiszling, B 800, Denkschriften über die südslawische Frage, Nr. 147.

⁸⁸ Arhiv Nadbiskupskog ordinarijata u Sarajevu [Archiv des Erzbischöflichen Ordinariats in Sarajevo], ohne Signatur.

österreichisch-ungarischen Botschaft im Vatikan schon alles für den offiziellen Antrag auf Stadlers Enthebung vorbereitet war. Man wartete nur darauf, dass Minister Bilinski ein solches Ansuchen über das Außenamt stelle. Bilinski schob die ganze Verantwortung für Erzbischof Stadlers Demission der römischen Kurie zu. Er behauptete, Stadlers Position in der römischen Kurie sei sehr ungünstig, wozu am meisten seine schlechte finanzielle Lage beigetragen habe. Bischof Šarić bestritt die Nachrichten über die aussichtslose finanzielle Lage und legte die Gegendaten vor. Am Ende des Gesprächs verpflichtete sich Bilinski gegenüber Šarić, Kaiser Franz Joseph I. vor der zum nächsten Tag anberaumten Audienz Erzbischof Stadlers in Schönbrunn über den Inhalt ihres Gesprächs zu informieren. Stadler hätte sich nämlich am 25. Oktober vormittags mit dem Kaiser und am Nachmittag desselben Tages mit Minister Bilinski treffen sollen.

Bischof Šarić schloss aufgrund des Gesprächs mit Minister Bilinski, dass die österreichisch-ungarischen Behörden bei der Forderung nach Stadlers Demission die ganze Verantwortung der römischen Kurie aufbürden würden. Dem Briefempfänger übermittelte er weiters auch die wichtige Information, dass die vor kurzem aus Rom zurückgekehrten kroatischen Bischöfe bemerkt hatten, dass der apostolische Delegierte Bastien die Initiatoren zur Beseitigung Erzbischof Stadlers aus Sarajevo unterstützte. Da Bastien in der Zwischenzeit Einsicht in die finanziellen Verhältnisse des Ordinariats von Vrhbosna (Sarajevo) genommen hatte, führte er als Gründe für Stadlers Demission nicht mehr dessen Schulden, sondern sein Alter an, das ihn angeblich bei der Erfüllung seiner täglicher Pflichten hindere. Šarić wies die Kanoniker des Erzbistums Vrhbosna (Sarajevo) und die angesehene Priesterschaft an, sich für den Verbleib von Erzbischof Stadler auf seinem Posten einzusetzen und den apostolischen Delegierten zu warnen, sich nicht weiter für Stadlers Demission zu engagieren, weil die Wiener Regierung die Schuld daran schon auf die römische Kurie schiebe.⁸⁹ Šarićs Widerstand gegen die Anschuldigungen gegen Erzbischof Stadler und die Betonung der großen Zukunftssorge der Weltpriesterschaft und der Bevölkerung des Erzbistums Vrhbosna (Sarajevo), sollte Stadler zum Rücktritt gezwungen werden, sowie die Sorge des Provinzials der Österreichischen Provinz der Gesellschaft Jesu, Pater Wimmer um das Schicksal der Jesuiten, die die erzbischöflichen Anstalten in Bosnien verwalteten, veranlassten den gemeinsamen Finanzminister Bilinski, langsam an der Opportunität von Stadlers Entfernung aus Sarajevo zu zweifeln.

Indes war Erzbischof Stadler während der Audienz beim Kaiser und beim gemeinsamen Finanzminister erfolgreich. Er konnte Franz Joseph I. für seine Ansichten zwar nicht gewinnen oder sich seiner Unterstützung versichern, dieser kehrte sich aber auch nicht gegen ihn. Unerwarteterweise war er aber darin erfolgreich, eine Wende in der Haltung Bilinskis herbeizuführen, der den Auftrag an den österreichisch-ungarischen Botschafter beim Vatikan, um Stadlers Demission offiziell anzusuchen, im letzten Moment

⁸⁹ Ebenda.

verschob. Bilinski hat in seinem Brief an den Vorsteher der kaiserlich-königlichen Kanzlei, Freiherr Schiessel eingeräumt, dass das eineinhalbstündige Gespräch mit Erzbischof Stadler einen so starken Eindruck auf ihn ausgeübt habe, dass er seine Meinung änderte und sich entschloss, sich für Stadlers Verbleib auf dem erzbischöflichen Stuhl einzusetzen, wenn sich dies als möglich erweise.⁹⁰ Der österreichische Pole Bilinski erkannte bestimmt in Erzbischof Stadler die pro-österreichische Linie, die er selbst vertrat, und entschied, sich für sein Verbleiben in Sarajevo zu engagieren, obwohl die diplomatischen Schritte diesbezüglich schon zu Ende gebracht worden waren.

Die endgültige Entscheidung über Stadlers Verbleib auf dem Posten des Erzbischofs von Vrhbosna (Sarajevo) konnte man nicht in Wien treffen. Das letzte Wort darüber hatte Papst Pius X.⁹¹ zu sprechen. Erzbischof Stadler kam in Begleitung von Bischof Šarić und Kanonikus Alaupović nach Rom. Vor der Audienz beim Papst sprach er mit dem Staatssekretär Kardinal Merry del Val, der ihm riet, auf den Erzbischofsstuhl zu verzichten. Stadler akzeptierte diesen Ratschlag nicht. Nur aufgrund eines ausdrücklichen Wunsches des Papstes war er zur Demission bereit. Im Gespräch mit dem Papst konnte er sodann alle Anschuldigungen erfolgreich widerlegen.

Stadlers politisches Engagement, das zum überwiegenden Teil die Grundlage der gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen bildete, war für den Papst überhaupt nicht umstritten, weil er sich als Patriarch von Venedig wie Stadler bei der politischen Organisation der Katholiken eingesetzt hatte. Pius X. war der Meinung, dass die Bischöfe die politischen Ansichten der Katholiken lenken sollten, besonders ihre politische Einstellung⁹², so dass er Stadlers Bemühungen zur politischen Formierung der bosnisch-herzego-

⁹⁰ L. Bilinski an Freiherr Schiessel, Wien, 26. X. 1913, AFBH, PR, 1205/1913.

⁹¹ Pius X. (Riese bei Trevisio, 2. VI. 1835 - Rom, 20. VIII. 1914) Sein weltlicher Name war Giuseppe Sarto. Das Philosophie- und Theologiestudium schloss er in Padua ab. 1858 zum Priester geweiht. Im Jahre 1875 Kanonikus in Treviso, 1878 Generalvikar, 1884 Bischof von Mantua, 1893 Kardinal und Patriarch von Venedig. Im August 1903 zum Papst gewählt. Durch die neoreformistischen Strömungen, die unter dem Einfluss der protestantischen Theologen in die katholischen Bildungsanstalten eindringen, veranlasst, veröffentlichte er am 3. VII. 1907 die Enzyklika *Lamentabili sane exitu*, mit welcher er fünfundsechzig modernistische Formulierungen verurteilte. Durch den apostolischen Brief *Pascendi dominici gregis* vom 8. IX. 1907 warnte er vor den philosophischen Behauptungen des Modernismus, den er wiederholt in der Enzyklika *Editae saepe* von 26. V. 1910 verurteilte. Durch die apostolische Konstitution *Commissum nobis* vom 20. I. 1904 erkannte er den weltlichen Herrschern als Nachfolger des Heiligen Römischen Reichs das Vetorecht bei der Wahl des Papst-Kandidaten ab (Franz Joseph I. übte es 1903 nach dem Tode von Papst Leo XIII. gegen den Staatssekretär des Heiligen Stuhls, Kardinal Rampolla aus). Siehe: Franz Xaver Seppelt - Klemens Löffler, Papstgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1933, S. 476-498.

⁹² "Pius X., der in Italien die politische Lenkung der Bevölkerung durch die Bischöfe begünstigte und als Patriarch von Venedig selbst in diesem Sinne gewirkt hatte, stand den Bestrebungen des Erzbischofs von Sarajevo keineswegs ablehnend gegenüber." F. Engel-Janósi, Österreich und der Vatikan, Bd. II, Graz-Wien-Köln 1958, S. 121.

winschen Kroaten auf den Grundlagen des Katholizismus nicht als Fehler, sondern als eine akzeptable Form des politischen Engagements betrachtete. In jedem Fall entschloss er sich, Stadler eine Chance zur Rechtfertigung zu geben. Stadler konnte im Gespräch mit dem Papst alle gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen erfolgreich widerlegen. Die Nachricht über seinen Sieg veröffentlichte der *Hrvatski dnevnik* unter dem triumphalen Titel *Manet et manebit!*⁹³ Dies waren die Worte, die der Papst bei der Verabschiedung Stadlers geäußert hatte. Offensichtlich hatte der Papst während der Audienz in Stadler eine Person von ähnlichen theologischen, politischen und kirchlichen Anschauungen erkannt, und als ihm klar wurde, dass die ganze Aktion zu Stadlers Entfernung aus politischen Gründen in Gang gesetzt worden war, entschied er ohne Konsultationen mit dem Kardinal Staatssekretär für seinen Verbleib auf dem Posten. Die hartnäckigen und langwierigen Versuche der österreichisch-ungarischen Behörden, Stadlers Demission beim Heiligen Stuhl durchzusetzen, waren dadurch endgültig zum Scheitern verurteilt.

Schlussfolgerungen

Die Tätigkeit Erzbischof Stadlers in Bosnien und der Herzegowina fiel fast gänzlich mit der Epoche der österreichisch-ungarischen Herrschaft zusammen. Stadler war seiner politischen Einstellung nach ein Anhänger der Kroatischen Rechtspartei Frank'scher Prägung und stand in seinen sozialen Anschauungen den Ideen der österreichischen Christlichsozialen nahe. Er setzte sich für die Vereinigung der kroatischen Länder mit Bosnien und der Herzegowina im Rahmen einer trialistisch umgebildeten Monarchie ein. Die Verwirklichung seiner Pläne zur Vereinigung Bosniens und der Herzegowina wurde durch eine Reihe ungünstiger Umstände verhindert. In Kroatien kommt im Jahre 1906 die Kroatisch-serbische Koalition (HSK) an die Macht, die zwecks einer kroatisch-serbischen Zusammenarbeit auf die Forderungen nach einem Anschluss Bosniens und der Herzegowina an Kroatien verzichtete. Der Todesstoß zu einer Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit den kroatischen Ländern versetzten ihr jedoch die größtösterreichischen Kreise, die in der südslawischen Irredenta ein stärkeres Gefahrenelement für die Fortdauer der Monarchie, als es die Magyaren waren, erkannten. Sie verzichteten daher auf die Realisierung des trialistischen Programms und entschieden sich für einen reformierten Dualismus, welcher den Magyaren weiterhin die Vorherrschaft in der ungarischen Reichshälfte sichern würde.

Mit seinen Plänen zur Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien widersetzte sich Stadler direkt den österreichischen Intentionen, Bosnien als gesamtstaatliches Gebiet, und den Bestrebungen der Magyaren,

⁹³ *Manet et manebit*, lat. Er bleibt und wird bleiben. J. Koprivčević, *Život i rad dr. Josipa Stadlera*, [Nachdruck aus dem Blatt *Katolički tjednik*, Sarajevo, 1942], Zagreb, 1997, S. 68.

Bosnien und die Herzegowina als *corpus separatum* in die ungarische Reichshälfte einzuordnen.

Aus diesem Grunde war er zuerst Bedrängnissen ausgesetzt, danach auch systematischen Eliminierungsversuchen aus Bosnien und der Herzegowina, wobei er sich am Ende doch behaupten konnte, dank der Einschätzung der österreichischen Politiker, dass durch seine Versetzung das Gleichgewicht zwischen den zwei herrschenden Nationen in der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zu Gunsten der Magyaren gestört wäre, sowie wegen der Weigerung des Papstes Pius X., auf einen besonders fähigen Kirchenwürdenträger wegen der Ambitionen seiner politischen Opponenten, sollten diese auch zu den höchsten politischen Kreisen der Doppelmonarchie gehören, zu verzichten.

Übersetzt von Ivan Filipović

The Political and Diplomatic Circumstances of the Attempts to Remove the Archbishop of Vrhbosna Josip Stadler from Sarajevo (1900-1913)

Summary

The author has examined the political and diplomatic circumstances of the attempts to remove the Archbishop of Vrhbosna, Josip Stadler, from Sarajevo between 1900 and 1913. He has established that the basic reason for those attempts was Archbishop Stadler's opposition to the Hungarian plans to put Bosnia and Herzegovina into the Hungarian half of the Austro-Hungarian Monarchy as a *corpus separatum*. Stadler was in favour of the union of Bosnia and Herzegovina with Croatia within a reorganised tripartite Monarchy. With his political programme, he did not only oppose the Hungarian plans, but also those of some Croatian politicians, who were of the opinion that the uniting of Croatian lands with Bosnia and Herzegovina was possible within the Hungarian half of the Austro-Hungarian Monarchy. Stadler's stay in the position was supported by Austrian political circles and the joint Minister of Finance Leon Bilinski, who were convinced that Stadler's resignation would represent a concession to the Hungarians, which would then impair *condicio sine qua non* of the Austro-Hungarian policy towards Bosnia and Herzegovina since its occupation in 1878 – the equality of the Monarchy's two nations ruling over that country. Pope Pius X, who acknowledged Stadler's achievements in institutional organisation and administration in the Archbishopric of Vrhbosna, and who considered Stadler's political engagement entirely legitimate, made the final decision on Stadler's stay in Sarajevo.

